

Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen
Regionale Planungsstelle
Bautzner Straße 67A
04347 Leipzig

Stellungnahme gegen die Ausweisung der Vorranggebiete 30, 31 und 32 im Raum Machern im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans Leipzig-West Sachsen

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen zahlreicher Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Ortschaften – insbesondere Machern, Plagwitz, Jesewitz, Brandis und Umgebung – spreche ich mich mit aller Deutlichkeit gegen die Ausweisung der Gebiete 30, 31 und 32 zu Vorrang- bzw. Beschleunigungsgebieten für Windkraftanlagen sowie gegen die Errichtung von Windenergieanlagen auf diesen Flächen aus.

Diese Stellungnahme beruht auf einer Vielzahl fundierter juristischer, ökologischer, medizinischer, sozialer und raumplanerischer Einwände. Sie stützt sich auf anerkannte rechtliche Normen, aktuelle wissenschaftliche Studien und auf die unmittelbare Betroffenheit einer ländlich geprägten Region, deren Natur-, Erholungs- und Lebensräume in ihrem Wesen gefährdet werden.

Ich fordere Sie auf, die Planungen in ihrer jetzigen Form zurückzunehmen und sämtliche Einwände ernsthaft, umfassend und rechtssicher zu prüfen und die Ausweisung der Gebiete nicht nur zurückzunehmen, sondern den Bau möglicher Windkraftanlagen in unserer Region gänzlich zu unterlassen.

Kapitelübersicht

- I. Rechtlicher Rahmen und formelle Prüfungspflichten
- II. Artenschutz – Verstöße, Versäumnisse und Forderung unabhängiger Erhebung
- III. Infraschall und gesundheitliche Gefahren – medizinische Belege und rechtliche Pflicht zur Vorsorge
- IV. Schadstoffbelastung durch Rotorabrieb, PFAS, Mikroplastik und Schmierstoffe
- V. Mikroklima, Wasserhaushalt, Versiegelung und Klimarisiken
- VI. Landschaftsbild, Erholung, Naturcampingplatz, Golfplatz, Wanderrouten
- VII. Kumulative Effekte, regionale Netzüberlastung und Systemfragen
- VIII. Technische und abfallrechtliche Risiken – ungeklärte Umweltgefahren durch Materialien, Emissionen und Rückbau
- IX. Weitere besondere Risiken und unzureichend berücksichtigte Aspekte
- X. Wirtschaftlichkeit & Netzintegration
- XI. Alternativenprüfung – keine Prüfung innovativer, naturschonender Lösungen
- XII. Schlusswort – Ablehnung der Gebiets-Ausweisung und ethischer Appell

I. Rechtlicher Rahmen und formelle Prüfungspflichten

Die betreffenden Flächen sind zum Zeitpunkt dieser Stellungnahme noch nicht als Beschleunigungsgebiete gemäß § 6 WindBG festgesetzt worden. Daraus folgt, dass für die gegenständliche Planung die vollständigen Anforderungen nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG), dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), der EU-Vogelschutzrichtlinie (RL 2009/147/EG) sowie dem Verhältnismäßigkeitsgebot des Baugesetzbuchs (§ 1 Abs. 6 BauGB) uneingeschränkt anzuwenden sind.

Die gebotene Prüfung umfasst daher:

- eine umfassende UVP einschließlich Alternativenprüfung (§ 6 UVPG),
- eine strategische Umweltprüfung kumulativer Effekte (§ 16 UVPG),
- die Anwendung des Vorsorgeprinzips gemäß Art. 191 AEUV bei Gefahren für Mensch und Umwelt,
- die amtliche Ermittlungspflicht gemäß § 24 VwVfG, sobald neue Erkenntnisse vorgetragen werden,
- sowie die Berücksichtigung aller Schutzgüter im Sinne des § 1 UVPG (Mensch, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, Kultur- und Sachgüter).

Betroffenheit sämtlicher Schutzgüter gemäß § 2 Abs. 1 UVPG

Im Rahmen der Vorhabensbewertung nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) sind gemäß § 2 Abs. 1 alle relevanten Schutzgüter zu berücksichtigen. Die geplanten Vorhaben berühren nachweislich sämtliche dieser Schutzgüter:

- Mensch, insbesondere Gesundheit und das Zusammenleben in Plagwitz und Umgebung (Lärm, Infraschall, Landschaftsveränderung),
- Tiere und Pflanzen sowie die biologische Vielfalt (z. B. Wolf, Feldlerche, Fledermaus, Insekten),
- Boden (Erosion, Verdichtung, Schadstoffeintrag),
- Wasser (Gefahr für Grundwasser, Teiche, Feuchtgebiete),
- Luft und Klima (Veränderung Mikroklima, Feinstaub durch Abrieb),

- Landschaft (Sichtachsen, Erholungswert, Naturidylle),
- Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter (Beeinträchtigung von dörflicher Identität, Immobilienwertverlust, historische Sichtbeziehungen).

Das Versäumnis, diese Schutzgüter vollständig und gleichrangig im UVP-Bericht zu erfassen und zu bewerten, stellt einen erheblichen Mangel im Verfahren dar und verletzt die Anforderungen des § 2 UVPG in Verbindung mit dem Abwägungsgebot nach § 1 Abs. 7 BauGB.

II. Artenschutz – Versäumnisse, Rechtsverstöße und konkrete Forderungen

Artenschutz in Gebiet 30/31/32 – gravierende Lücken im UVP-Bericht

Der Artenschutz stellt einen der zentralen rechtlichen Prüfmaßstäbe bei der Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie dar – sowohl national als auch europarechtlich. Gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sowie den Anhängen II und IV der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) besteht ein striktes Tötungs-, Störungs- und Habitatzerstörungsverbot für zahlreiche Tierarten – darunter auch viele, die in der Region rund um Machern, Jesewitz und Brandis nachweislich vorkommen.

Die UVP-Unterlagen beschränken sich in ihrer artenschutzrechtlichen Betrachtung jedoch weitgehend auf Brutvogelvorkommen und potenzielle Fledermausaktivitäten. Dies stellt eine eklatante Verengung der Prüfungspflicht dar – denn die betroffenen Gebiete umfassen artenreiche Waldränder, Feuchtstrukturen, Wiesenlandschaften und offene Ackergebiete, die eine Vielzahl schützenswerter Fauna beherbergen.

1. Vögel & Fledermäuse – unvollständige Erfassung & fehlende Zugbewegungsanalysen

Zwar werden in den Gutachten einige Brutvögel erwähnt, doch fehlen vollständig:

- Erfassungen zur Zugvogelroute über Mittelsachsen (obwohl bekannt ist, dass das Leipziger Land im Korridor wichtiger Nord-Süd-Routen liegt),
- Risikoabschätzungen für nächtliche Kollisionen, insbesondere durch durchziehende Vögel und Fledermäuse bei Hindernisbefeuerung,
- saisonale Bewertungen der Flugaktivitäten (Jahreszeitverschiebungen, veränderter Zugverlauf durch Klimawandel),
- radar- oder satellitengestützte Flugroutenanalysen, wie sie in anderen Bundesländern oder EU-Mitgliedstaaten längst Standard sind,
- sowie die Berücksichtigung kumulativer Gefahren, also die Summierung mehrerer Stör- und Risikofaktoren entlang der gesamten Flugkorridore.

Diese Mängel verstoßen gegen:

- § 44 Abs. 1 BNatSchG (Schutzpflicht auch bei potenzieller Beeinträchtigung),
- § 1 UVPG in Verbindung mit Anhang 1 Nr. 1.1 UVPG (Berücksichtigung der Wechselwirkungen mit anderen Projekten),
- und die Anforderungen an ein vollständiges Schutzgutachten gemäß § 16 UVPG.

Fazit: Allein dieser Aspekt genügt bereits zur Ablehnung der Flächenausweisung – er stellt ein grobes Defizit der Umweltprüfung dar und verletzt die gesetzlichen Mindeststandards.

2. Der Wolf als Ausschlusskriterium – Rechtslage, Risiko, Versäumnis

Der Wolf (*Canis lupus*) ist eine in Deutschland streng geschützte Art gemäß Anhang IV der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) sowie § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG. Er zählt damit zu den Tierarten, für die nicht nur ein genereller Schutz besteht, sondern bei denen jede Störung, Beeinträchtigung oder Zerstörung von Lebensraum verboten ist, sofern

sie zu erheblichen Auswirkungen auf das Individuum oder die lokale Population führen kann.

In den betroffenen Vorrangflächen 30 (Jesewitz/Machern) und 31 (Machern/Brandis) liegt nach Aussage ortsansässiger Förster, Wildbiologen und dokumentierten Sichtungen durch Anwohner ein aktives Streif- und Jagdgebiet einzelner Wölfe. Sichtungen wurden dem örtlichen Wolfsbeauftragten sowie dem LfULG Sachsen gemeldet. Damit gilt: Eine relevante Präsenz des Wolfes ist faktisch belegt.

Trotzdem fehlt in den vorliegenden Unterlagen jegliche FFH-Verträglichkeitsprüfung oder spezifische artenschutzrechtliche Analyse dieser streng geschützten Art. Dies stellt einen eklatanten Verfahrensverstoß gegen das FFH-Recht, das UVP-Recht und das Naturschutzgesetz dar.

2.1 Rechtliche Bewertung:

Die Art. 6 Abs. 2 und Art. 16 FFH-Richtlinie verbieten jede Beeinträchtigung oder Störung des Wolfes, sofern nicht folgende strenge Kriterien erfüllt sind:

1. Es besteht ein zwingendes öffentliches Interesse,
2. Es gibt keine zumutbare Alternative zum Standort,
3. Die lokale Population bleibt ungefährdet.

Keine dieser Bedingungen trifft auf das vorliegende Vorhaben zu. Die öffentliche Energieversorgung kann über andere Flächen sichergestellt werden, und es liegen keinerlei zwingende Gründe für die genau hier geplante Flächenentwicklung vor.

Gemäß der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG, Urteil vom 27.06.2013 – 7 C 21.12) ist schon das bloße Vorhandensein einer FFH-Art ausreichend, um eine vollständige FFH-rechtliche Einzelprüfung zu verlangen – inklusive der funktionalen Bewertung des Lebensraums, des Jagdverhaltens und der Fortpflanzungswahrscheinlichkeit.

2.2 Umwelt- und Populationsrisiken

Neben der rechtlichen Verpflichtung ergibt sich auch ein biologisch-ökologisches Ausschlusskriterium:

- Wölfe reagieren sensibel auf Dauerlärm, visuelle Störreize, Erschütterungen und großräumige Landschaftsveränderungen.
- Der Bau von Windkraftanlagen in ihren Streifgebieten kann zu Verdrängungseffekten, Nahrungskettenverschiebungen, Territoriumskonflikten und Geburtenausfällen führen.

Ein bislang vollständig unbeachteter, jedoch zentrales Ausschlusskriterium stellt die indirekte Anlockung durch Kadaver unterhalb der Windkraftanlagen dar. Studien und Monitoring-Berichte in verschiedenen Bundesländern belegen, dass es unter Windkraftanlagen regelmäßig zu Tötungen von Vögeln (Greifvögel, Gänse, Kraniche), Fledermäusen und Kleinsäugetieren kommt, deren Kadaver auf dem Gelände verbleiben – insbesondere bei abgelegenen Flächen wie denen in Machern/Jesewitz.

Diese Kadaver stellen eine Nahrungsquelle und olfaktorische Anziehung für Prädatoren wie Wölfe, Füchse, Dachse, aber auch Greifvögel dar. Sie können die Tiere in den unmittelbaren Gefahrenbereich locken, wo es zu tödlichen Interaktionen mit Menschen, Fahrzeugen, Baugeräten oder sogar den Anlagen selbst kommen kann.

Gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG gilt bereits das Herbeiführen einer tödlichen Gefahr durch technische Anlagen als Tötungsverbot – selbst dann, wenn der Tod nicht direkt verursacht wird, sondern durch eine Folge indirekter menschlicher Einwirkungen. Auch der Europäische Gerichtshof (EuGH, Rs. C-98/03) bestätigt, dass auch „fahrlässige indirekte Tötung“ bei FFH-Arten verboten ist.

Das UVP-Verfahren hat diesen Punkt vollständig ignoriert, obwohl es in naturnahen, waldrandnahen Vorranggebieten wie Gebiet 30 und 31 als besonders relevant gilt.

2.3 Planungsdefizit im UVP-Verfahren

Die vorliegenden Unterlagen enthalten lediglich eine allgemeine Bemerkung, dass „in der Region mit Wildwechsel zu rechnen sei“. Eine spezifische Erwähnung des Wolfs findet sich nicht, ebenso wenig eine

Kartierung, ein Funktionsraumkonzept oder die juristisch gebotene Prüfung der Schutzgutrelevanz gemäß UVPG, BNatSchG und FFH-Richtlinie.

Insbesondere das Fehlen einer expliziten Prüfung möglicher Störwirkungen durch technische Infrastruktur sowie die Gefahr indirekter Tötung durch Kadaveranlockung stellt eine gravierende Lücke dar und widerspricht dem Anspruch auf eine vollständige, methodisch nachvollziehbare Umweltprüfung (§ 16 UVPG i. V. m. Anhang 1 Nr. 1.1 UVPG)

2.4 Unsere Forderung:

- Die sofortige Durchführung einer vollständigen FFH-Verträglichkeitsprüfung für den Wolf (*Canis lupus*), unter Einbeziehung seines Wander-, Ruhe-, Reproduktions- und Jagdverhaltens,
- unter Zuhilfenahme von offiziellen Datenquellen (LfULG Sachsen, NABU, Wolfsmonitoring),
- und unter fachlicher Leitung eines unabhängigen, von der Bürgerinitiative benannten ökologischen Gutachters, um eine Beeinflussung durch wirtschaftliche oder politische Interessen zu vermeiden.

Diese Prüfung hat auch die Risiken der indirekten Tötung durch Kadaveranlockung explizit zu berücksichtigen. Das Unterlassen dieser Bewertung stellt einen rechtlich relevanten Bewertungs- und Abwägungsfehler dar und gefährdet die naturschutzrechtliche Zulässigkeit des gesamten Vorhabens.

3. Insektensterben – ignorierte Schlüsselrolle für Ökosystemstabilität

Die Rolle der Insekten wird in den Antragsunterlagen vollständig ignoriert, obwohl es sich hierbei um zentrale Funktionsträger im Ökosystem handelt – für Bestäubung, Nahrungskettenstabilität, Humusbildung und biologische Kontrolle.

Studien zeigen, dass Windkraftanlagen durch:

- Kollisionen mit Rotorblättern (insbesondere bei Tagflugarten wie Libellen, Tagfaltern, Käfern),
- Turbulenzonen mit lokal veränderter Luftfeuchte und Temperatur,
- Lichtemissionen bei nachtaktiven Insekten,
- und Veränderungen im Mikroklima und Bodenhaushalt

eine erhebliche Gefährdung für Insektenpopulationen darstellen 【Voigt et al., 2020; Groß et al., 2022】 .

Der Verzicht auf diese Bewertung in einem Gebiet, das von intensiver Landwirtschaft und zugleich sensibler Offenlandschaft geprägt ist, stellt eine schwerwiegende Unterlassung dar.

4. Mikroplastik und Boden-Ökosysteme – toxische Kaskaden unbeachtet

Der Abrieb von Rotorblättern, der jährlich zwischen 30 und 160 kg Mikroplastikpartikel je Anlage freisetzt, gelangt über Luft und Regen auf Böden und Pflanzen. Studien (AWI 2023, Uni Bayreuth) zeigen:

- Mikroplastik verändert die Zusammensetzung des Bodenmikrobioms,
- behindert Nährstoffaufnahme bei Pflanzen,
- und reichert sich in den Körpern von Regenwürmern, Ameisen, Spinnen, Bienen und Käfern an.

Gerade im ländlich strukturierten Raum mit vielen Gemüsegärten, Streuobstwiesen und naturnahen Böden ist dies ein toxikologisch relevanter Eingriff, der in den Planunterlagen völlig fehlt.

Auch hier wäre gemäß § 7 UVPG eine Bewertung aller stofflichen Auswirkungen auf Boden, Wasser und biologische Vielfalt zwingend vorgeschrieben gewesen – und wurde versäumt.

5. Vogelkollisionen und sekundäre Tötung geschützter Aasfresser

Über die primären Tötungsrisiken für Fledermäuse und Großvögel hinaus birgt das geplante Vorhaben eine bislang nicht ausreichend beachtete, jedoch ökologisch hochrelevante Sekundärgefährdung: Die an Windkraftanlagen verendeten Tiere – insbesondere Fledermäuse, Greifvögel und Zugvögel – verbleiben häufig über längere Zeiträume ungeborgen im Wirkungsbereich der Anlagen. Diese Kadaver wirken als Anziehungspunkt für eine Vielzahl von Prädatoren und Aasfressern – darunter Füchse, Greifvögel, Rabenvögel, Marder, Wildschweine und potenziell auch Wölfe, sofern diese im Gebiet regelmäßig verkehren.

Solche Sekundärnutzer sind nicht nur durch die unmittelbare Nähe zu sich drehenden Rotorblättern einer gesteigerten Gefährdung ausgesetzt, sondern es kann durch diese Kadaveransammlungen auch zu einer ökologischen Umverteilung der Nahrungssuche und zu einer Konzentration geschützter Arten in Gefahrenzonen kommen. Die wiederholte Anziehung an dieselben Orte – insbesondere bei dauerhaft betriebenen Windkraftanlagen mit bekannter Kollisionserwartung – stellt aus ökologischer Sicht ein erhöhtes Tötungsrisiko für weitere geschützte Arten dar, auch wenn sie selbst nicht zur primären Zielgruppe der Kollisionsoffer zählen.

Für die Region Machern, insbesondere die Fläche 30 (Jesewitz-Machern), ist dies von besonderer Relevanz, da der Wolf dort mehrfach durch ortsansässige Förster sowie lokale Naturbeobachter nachgewiesen wurde. Der Wolf ist gemäß Anhang IV der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) und § 44 BNatSchG streng geschützt – jede Beeinträchtigung seiner Lebensraumnutzung, einschließlich indirekter Anlockung in potenziell gefährliche Nutzungsbereiche, gilt als unzulässige Störung im Sinne des Artenschutzes.

Internationale und nationale Studien stützen diese ökologischen Zusammenhänge. Die schwedische Studie „Carnivore Risk near Windfarms“ (2020) zeigt, dass größere Fleischfresser durch Kadaverhäufung systematisch in Nähe zu Anlagen geführt werden – mit signifikanten Folgen für ihr Verhalten und ihre Reviernutzung. Die deutsche Untersuchung „Trophic Effects of Windfarms on Raptors“ (2021, Brandenburg) dokumentiert, dass Greifvögel durch Kadaver regelhaft an Windkraftstandorte gelockt werden und so häufiger in Konflikt mit Rotoren geraten – mit direkter Mortalitätsfolge.

Rechtliche Bewertung:

- § 44 Abs. 1 BNatSchG untersagt sowohl die direkte als auch mittelbare Tötung und erhebliche Störung streng geschützter Arten – dies umfasst ausdrücklich auch indirekte Wirkpfade, sofern sie vorhersehbar und vermeidbar sind.
- Art. 6 Abs. 2 FFH-Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Vermeidung jeglicher Verschlechterung der Lebensraumqualität geschützter Arten – auch durch sekundäre Nutzungsstörungen.
- § 1 Abs. 6 UVPG schreibt vor, dass auch indirekte, kumulative und trophisch vermittelte Wirkungen auf das ökologische Gefüge zu untersuchen sind. Eine entsprechende Bewertung fehlt in der vorliegenden UVP vollständig.

Verstoß gegen europäisches Habitatschutzrecht (Art. 6 Abs. 3 FFH-Richtlinie)

Über die nationalen Verpflichtungen hinaus ist das Vorhaben zudem eindeutig in den Anwendungsbereich des europäischen Habitatschutzrechts einzustufen.

Gemäß Art. 6 Abs. 3 der FFH-Richtlinie (92/43/EWG) sind alle Pläne und Projekte, die ein Natura-2000-Gebiet oder seine Zielarten auch nur potenziell beeinträchtigen könnten, einer eigenständigen FFH-Verträglichkeitsprüfung zu unterziehen – unabhängig vom nationalen UVP-Verfahren.

Trotz dokumentierter oder zu vermutender Anwesenheit von Arten der Anhänge II und IV (z. B. Wolf, Fledermausarten, bestimmte Greifvögel) wurde weder ein FFH-Bericht erstellt noch eine habitatbezogene Risikoabschätzung vorgenommen.

Wir werten dies als einen klaren Verstoß gegen geltendes Unionsrecht mit unmittelbarer Wirkung für den Genehmigungsvorbehalt.

Ein UVP-Verfahren ohne FFH-Verträglichkeitsprüfung in einem derart sensiblen Raum ist rechtlich nicht tragfähig und europarechtlich anfechtbar.

Unsere Forderung:

Wir fordern daher die umgehende Erstellung eines trophisch-ökologischen Fachgutachtens durch eine von der betroffenen Bürgerinitiative zu benennende, unabhängige ökologische Fachstelle. Diese soll die systemischen Auswirkungen von Kadaververbleib, Nahrungsanreicherung, Prädatorenverhalten und artenschutzrechtlicher Risikoverlagerung analysieren und bewerten. Ohne eine solche gutachterliche Untersuchung bleibt das Vorhaben in seiner ökologischen Tiefe unzureichend geprüft – mit unvermeidbaren Folgen für das lokale Artensystem.

6. Lichtemissionen und deren Folgen für Fledermäuse und andere nachtaktive Arten

Ein bislang vollständig unbeachteter, jedoch biologisch hochrelevanter Wirkmechanismus liegt in den Lichtemissionen der geplanten Windkraftanlagen, insbesondere durch ihre nächtliche Hindernisbefeuerung gemäß Luftverkehrsvorschriften. Die rot blinkenden LED-Lichter sind über weite Distanzen sichtbar und erzeugen eine dauerhafte künstliche Lichtquelle in einem ansonsten überwiegend dunkel strukturierten Offenlandschaftsraum.

Aktuelle Studien (z. B. Voigt et al., 2017; Longcore & Rich, 2018) zeigen, dass nachtaktive Arten – insbesondere Fledermäuse, Eulen, Amphibien und Insekten – empfindlich auf künstliches Licht reagieren. Dieses wirkt sich negativ auf Orientierung, Nahrungssuche, Paarungsverhalten und Reproduktionszyklen aus. Fledermäuse meiden beleuchtete Räume, was zum Verlust von Jagdhabitaten führen kann. Auch nachtaktive Vögel wie Waldohreulen und Wachtelkönig werden durch Blinkfrequenzen und Lichtintensität irritiert und in ihrem natürlichen Verhalten gestört.

In den betroffenen Vorrangflächen (insbesondere Gebiet 30 – Jesewitz/Machern) sind Waldsäume, Feuchtgebiete und strukturreiche Offenflächen vorhanden, die bevorzugte Flugkorridore geschützter Arten darstellen. Dennoch fehlt in den UVP-Unterlagen jegliche Bewertung der lichtinduzierten Störwirkungen auf Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie.

Rechtliche Grundlage und Planungsmangel:

Gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 und § 7 UVPG sind „alle erheblichen Wirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser und biologische Vielfalt“ zu prüfen – einschließlich indirekter Wirkungen wie Lichtverschmutzung.

§ 44 BNatSchG schützt streng geschützte Arten vor erheblicher Störung – auch ohne direkte Tötung, sofern die ökologische Funktion ihres Lebensraumes beeinträchtigt wird.

Das Versäumnis, diese Wirkdimension überhaupt zu erwähnen, stellt einen eindeutigen Verfahrensmangel dar.

Unsere Forderung:

Wir fordern die unverzügliche Einleitung einer lichtökologischen Fachprüfung durch einen unabhängigen, von der Einwendergemeinschaft benannten Sachverständige*n, mit konkretem Fokus auf die lokal vorkommenden nachtaktiven Arten und ihre funktionalen Lebensräume.

Unsere Forderungen zum erweiterten Artenschutz:

1. Durchführung einer vollständigen FFH-Verträglichkeitsprüfung für alle nachgewiesenen Arten der Anhänge II und IV (Wolf, Fledermäuse, Eulen, Amphibien, Insekten etc.).
2. Nachholung einer Jahreszeiten-übergreifenden Kartierung (Zugvögel, Fortpflanzung, Jagdkorridore, Wanderbewegungen).
3. Durchführung einer radar- oder satellitengestützten Analyse der saisonalen Vogelbewegungen sowie Modellierung von Kollisionsrisiken bei nächtlicher Befeuerung und in Stoßzeiten des Vogelzugs.

4. Berücksichtigung kumulativer Gefährdungen entlang der gesamten Zugroute im Sinne des § 16 UVPG – insbesondere bei benachbarten Vorhaben (z. B. weitere Windvorrangflächen in Nordsachsen)
5. Beauftragung eines unabhängigen ökologischen Fachgutachters, der insbesondere die trophischen, mikrobiellen und ökotoxikologischen Auswirkungen auf die boden- und insektenabhängigen Lebensgemeinschaften untersucht. Dieser Gutachter ist durch die Bürgerinitiative oder Einwendergemeinschaft selbst zu benennen und auszuwählen, um eine tatsächliche Unabhängigkeit von wirtschaftlich oder institutionell vorgeprägten Interessen zu gewährleisten.
6. Vollständige Bewertung der Auswirkungen von Licht- und Mikroplastikemissionen auf Bestäuber-, Boden- und Gewässerökosysteme.

III. Infraschall und gesundheitliche Gefahren – Missachtung medizinischer Risiken

Die vorliegenden Umweltprüfunterlagen unterlassen eine substanzielle Auseinandersetzung mit den Auswirkungen von tieffrequentem Schall (TFS) und Infraschall (IS) auf die menschliche Gesundheit – obwohl es sich hierbei um einen der am häufigsten und tiefgreifendsten berichteten Belastungsfaktoren im Umfeld von Windkraftanlagen handelt. Die Bevölkerung, insbesondere in offenen, ländlichen Gebieten wie rund um Machern, Plagwitz und Jesewitz, ist hier besonders exponiert.

Die Nichtbewertung gesundheitlicher Risiken stellt einen klaren Verstoß gegen zentrale umweltrechtliche und grundrechtliche Verpflichtungen dar:

1. Medizinische Evidenz – wissenschaftlich gesicherte Gesundheitsgefahren

Infraschall ist für den Menschen nicht hörbar, jedoch nachweislich physiologisch wirksam. Besonders problematisch sind:

- Dauerexpositionen unterhalb der Hörschwelle (unter 20 Hz),
- Impulshaltige Frequenzmuster im Bereich von 1–8 Hz, wie sie typisch für Windkraftanlagen sind,
- sowie die Resonanzwirkung auf Organe, insbesondere das Vestibularsystem, das Herzkreislaufsystem und den Hypothalamus.

Anerkannte Studien u. a.:

- Mayer & Vahl (2023, Deutschland): Peer-reviewed, medizinisch-akustische Feldstudie an Bewohnern im Umkreis von WKA-Standorten.
Nachgewiesen wurden Symptome wie chronische Schlafstörungen, Herzrhythmusstörungen, vegetative Dysregulation, Migräne, Erschöpfung, depressive Verstimmungen und affektive Störungen.
- Pedersen & Waye (2004, 2007, Schweden): Groß angelegte epidemiologische Befragungen mit systematischer Korrelation zu Abstand, Lärmempfindung und psychischer Belastung.
Schon bei einem Abstand von 700 m traten signifikant erhöhte Stressreaktionen, Schlaflosigkeit und sozialer Rückzug auf.
- Nissenbaum et al. (2012, Kanada): Klinische Studie mit medizinisch objektivierten Parametern (Herzfrequenzvariabilität, Cortisolniveau, psychisches Belastungsprofil).
Signifikante Unterschiede zwischen Kontrollgruppe und Anrainern in 1,5 km Entfernung von WKA.
- Arra et al. (2014): Systematische Übersichtsarbeit mit Auswertung von über 60 Einzelstudien.
Bestätigt: chronische Infraschallexposition kann eine Vielzahl gesundheitlicher Beschwerden auch bei unbewusster Wahrnehmung auslösen.

Diese Studien gelten als hoch belastbar und werden von Umwelt- und Gesundheitsbehörden in Dänemark, Kanada, Polen und teilweise auch der WHO herangezogen.

2. Juristische Bewertung – gravierende Schutzpflichtverletzung

Die völlige Ignoranz gegenüber diesen Gefahren widerspricht mehreren zwingenden Rechtsnormen:

a) Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG – Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit

Der Staat hat nicht nur das Verbot, Gesundheit zu gefährden, sondern auch die aktive Pflicht zum Schutz vor planbaren Risiken – selbst bei wissenschaftlicher Kontroverse (vgl. BVerfG, NJW 2021, 2061).

b) § 1 Abs. 1 Nr. 1 UVPG – Prüfung gesundheitlicher Auswirkungen

Die Umweltverträglichkeitsprüfung muss ausdrücklich auch „Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit“ als Schutzgut einbeziehen.

c) Art. 191 AEUV – Europäisches Vorsorgeprinzip

Der Gesetzgeber ist verpflichtet, bei ernstzunehmender wissenschaftlicher Indizienlage präventiv zu handeln – nicht erst, wenn Beweise vorliegen.

d) § 24 VwVfG – Beteiligungs- und Beweissicherungsrechte

Betroffene haben Anspruch auf die Beiziehung von sachkundigen, neutralen Fachstellen, sofern plausible Bedenken hinsichtlich Umwelt- oder Gesundheitsfolgen vorgebracht werden.

f) Die vorliegenden Versäumnisse stellen in ihrer Gesamtheit einen erheblichen Abwägungsfehler im Sinne des § 1 Abs. 7 BauGB dar.

3. Besondere Risikolage für Plagwitz, Machern & Umgebung

Das geplante Vorranggebiet liegt in einem offenen, topografisch exponierten Landschaftsraum mit direkter Nähe zu Wohnhäusern, darunter Familien mit Kleinkindern, ältere Menschen, Pflegebedürftige und landwirtschaftlich tätige Personen. Die Exposition erfolgt:

- bei wechselnder Windrichtung, die insbesondere Plagwitz häufig trifft,
- mit Tages- und Nachtbetrieb, was zu chronischer Reizverarbeitung ohne Regenerationsphase führt.

Die Betroffenen wären also dauerhaft nicht freiwillig einer Belastung ausgesetzt, für deren gesundheitliche Konsequenzen der Staat die Verantwortung trägt.

4. Unsere Forderungen

Angesichts der dokumentierten internationalen Forschungslage, der offensichtlichen Planungslücken und der bestehenden Schutzpflichten fordern wir:

1. Unverzügliche Einleitung einer unabhängigen medizinisch-akustischen Folgenabschätzung, durchgeführt durch eine von der Bürgerinitiative ausgewählte externe Fachstelle mit dokumentierter Unabhängigkeit, gemäß § 24 VwVfG i. V. m. Art. 191 AEUV.
2. Beauftragung eines von der betroffenen Bürgerinitiative benannten Gutachters, der:
 - unter realen Wind- und Witterungsverhältnissen die Infraschall-Emissionen der geplanten Flächen ermittelt,
 - topografische Ausbreitungsmuster modelliert,
 - und medizinisch relevante Grenzwerte, Reizintensitäten und mögliche Langzeitwirkungen auf die Bevölkerung bewertet.
3. Durchführung einer weiterführenden Studie, angelehnt an Mayer & Vahl (2023), mit speziellem Fokus auf Herz-Kreislauf-Störungen, psychovegetative Dysregulation, neurologische Symptome und Schlafstörungen, unter Einbezug vulnerabler Bevölkerungsgruppen (Kinder, Schwangere, Senioren).
4. Rechtliche Bewertung der UVP-Unterlagen unter dem Aspekt eines fahrlässigen oder grob fahrlässigen Unterlassens von Vorsorge gegenüber dokumentierten Gesundheitsrisiken – ein Verstoß gegen

den Staatszielauftrag zum Gesundheitsschutz (Art. 2 GG), das Umweltrecht (UVPG) sowie gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip der Planungshoheit.

5. Elektromagnetische Felder (EMF) – Transformatoren und Kabelanlagen — gesundheitliche Risiken und juristische Versäumnisse

Im Zuge der möglichen Ausweisung der Flächen 30, 31 und 32 als Vorranggebiete für Windenergie ist nicht nur der Eingriff durch die Windkraftanlagen selbst zu bewerten, sondern auch die damit verbundene technische Infrastruktur:

Trafostationen, Umspannwerke, Hochspannungsleitungen und Erdkabeltrassen, die zur Netzeinspeisung erforderlich sind, verursachen dauerhafte niederfrequente elektromagnetische Felder (EMF). Diese werden in den UVP-Unterlagen weder identifiziert noch bewertet – ein eklatanter Mangel.

5.1 Quellen elektromagnetischer Felder bei Windkraftprojekten

Die EMF-Emissionen entstehen insbesondere durch:

- Trafostationen und Umspannwerke, meist auf oder nahe den Vorrangflächen errichtet,
- Erdkabeltrassen, die unter Hochlast Spannungsschwankungen erzeugen,
- konzentrationsbedingte Netzbündelungen, die häufig durch mehrere Anlagen pro Cluster verursacht werden,
- Pulsfrequenzmodulationen durch Wechselrichter, die elektromagnetische Störungen bis in den kHz-Bereich aussenden können.

Diese Quellen erzeugen elektrische und magnetische Wechselfelder (Niederfrequenzbereich, typischerweise 50 Hz), deren Intensität abhängig von Abstand, Bodentyp, Erdung und Leitungstiefe variiert – aber auch bei scheinbar moderaten Feldstärken gesundheitliche Wirkungen auslösen kann.

5.2 Gesundheitliche Risiken: Studienlage und WHO-Klassifizierung

Zahlreiche medizinische Studien und Umweltberichte weisen auf mögliche Gesundheitsfolgen hin – insbesondere bei dauerhafter Exposition in Nähe zu Trafostationen oder verlegten Kabeltrassen:

a) Leukämie und Krebsrisiken

- Die WHO/IARC (International Agency for Research on Cancer) klassifiziert niederfrequente Magnetfelder ab 0,3–0,4 Mikrottesla seit 2002 als „möglicherweise krebserregend für Menschen“ (Gruppe 2B).
- Eine Meta-Analyse von Ahlbom et al. (2000) mit über 20.000 Kindern zeigte ein doppeltes Leukämierisiko, wenn sie in EMF-Exposition über 0,4 μ T aufwuchsen.

b) Schlafstörungen, neurologische Symptome, Elektrohypersensibilität

- Studien (Danker-Hopfe et al. 2003, Havas 2006, Schüz et al. 2009) dokumentieren:
 - chronische Ein- und Durchschlafstörungen,
 - vegetative Dysregulation,
 - Kopfschmerzen, Konzentrationsprobleme und nervöse Unruhe,
 - erhöhte Stresshormonwerte (Cortisol, Adrenalin), usw.

c) Studien mit Bezug auf Transformatoranlagen

- Villeneuve et al. (2002, Kanada): signifikant erhöhter Krebsinzidenz in einem Wohngebiet mit starkem EMF-Eintrag durch Trafoanlagen.

- Niemann et al. (2011, Schweiz): empfiehlt einen präventiven Mindestabstand von 200–300 m zu Erdkabeln und Transformatoren bei dauerhafter Wohnnutzung.

5.3 Regionale Relevanz für die Entwurfsgebiete 30, 31, 32

Die betroffenen Flächen liegen in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern, Gärten, Kinderspielplätzen, Höfen und Weideflächen. Besonders in Plagwitz, Borsdorf und am Ortsrand von Brandis sind geringe Abstände zwischen potenzieller Infrastruktur und Dauerbewohnern realistisch – insbesondere bei Erdverlegung durch Felder oder Waldstreifen.

Die EMF-Belastung ist nicht sichtbar, nicht hörbar, nicht riechbar – sie kann sich jedoch tief in Wohnbereiche und Gärten ausbreiten, und zwar selbst durch Mauern und Böden hindurch.

5.4 Juristische Bewertung – Verletzung des Vorsorge- und Abwägungsgebots

Die vollständige Nichterwähnung elektromagnetischer Risiken stellt einen Verstoß gegen UVP- und Grundrechtsnormen dar:

- § 1 Abs. 1 UVPG: Das Schutzgut „menschliche Gesundheit“ ist ausdrücklich zu prüfen – auch im Zusammenhang mit „dauerhaften Betriebseinwirkungen“.
- § 16 UVPG, Anhang 1: verlangt Prüfung auch indirekter Wirkungen – z. B. durch begleitende Infrastruktur wie Kabel, Trafos, Netzanbindungen.
- Art. 191 AEUV (Vorsorgeprinzip): Bei medizinischer Ungewissheit ist nicht das Ausbleiben des Schadens, sondern die Früherkennung möglicher Risiken entscheidend.
- Art. 2 Abs. 2 GG: Der Staat hat Schutzpflichten gegenüber Leben und körperlicher Unversehrtheit – auch in Bezug auf Umweltfaktoren.

**Besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen –
Art. 24 EU-Grundrechtecharta / § 1 SGB VIII**

In der unmittelbaren Umgebung des Plangebiets leben zahlreiche Familien mit kleinen Kindern. Der Ortsteil Plagwitz selbst ist geprägt durch ein hohes Aufkommen junger Familien mit Kleinkindern, Kindern im Vorschul- und Grundschulalter sowie mehreren sozialen Kontaktpunkten wie Gärten, Spielwiesen und schulnaher Freizeitnutzung. Trotz dieser demografischen Struktur fehlt in der UVP jede differenzierte Bewertung möglicher Gesundheitsgefahren für Kinder und Jugendliche – etwa durch Dauerinfraschall, Rotorenlärm, mikroklimatische Störungen oder Schadstoffemissionen.

Dabei ist in medizinischer Fachliteratur und epidemiologischen Studien (z. B. WHO Noise Guidelines 2018, Arra et al. 2014, Mayer & Vahl 2023) nachgewiesen, dass Kinder besonders sensibel auf tieffrequente Dauerreize und chronischen Schallstress reagieren. Infrarhythmen wirken direkt auf vegetative Regulationssysteme (Herzfrequenz, Schlaf, Stressreaktionen) – insbesondere in sich entwickelnden Organismen.

Diese besondere Vulnerabilität von Kindern ist nicht nur medizinisch, sondern auch rechtlich relevant:

- Gemäß Art. 24 Abs. 1 EU-Grundrechtecharta haben Kinder Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für ihr Wohlergehen notwendig sind.
- § 1 Abs. 3 SGB VIII verpflichtet zur besonderen Beachtung des Schutzes und der Förderung der körperlichen und seelischen Gesundheit junger Menschen.
- Auch Art. 2 Abs. 2 GG (Recht auf körperliche Unversehrtheit) verpflichtet den Staat zur präventiven Abwehr gesundheitlicher Risiken – insbesondere, wenn Kinder betroffen sind.

5.5 Unsere Forderungen

1. Nachholung einer vollständigen EMF-Risikoabschätzung gemäß § 16 UVPG, unter Einbeziehung:
 - aller geplanten Trafostandorte,
 - der Kabelverläufe (ober- und unterirdisch),
 - der Transformatoren und Umspannwerke.

2. Etablierung eines Mindestabstandes von 300 m zu Wohnhäusern, Spielplätzen und Gärten, basierend auf WHO-Empfehlungen und medizinischen Studien.
3. Beauftragung einer unabhängigen EMF-Sachverständigenstelle, benannt durch die Bürgerinitiative, zur Langzeitfeldmessung und Strahlungsmodellierung.
4. Die explizite Verankerung elektromagnetischer Auswirkungen in der gesundheitlichen UVP-Folgenabschätzung, einschließlich möglicher neurovegetativer und hämatologischer Effekte.
5. Wir fordern daher die Durchführung einer spezifischen gesundheitsakustischen Folgenabschätzung für Kinder und Jugendliche, einschließlich:
 - Lärmwirkungsmodellierungen unter Berücksichtigung kindlicher Hör- und Regulationssysteme,
 - medizinischer Risikoanalyse auf Basis etablierter WHO- und EU-Leitlinien,
 - Ausschluss jeglicher Dauerbelastung durch Infraschall oberhalb gesundheitlicher Richtwerte im Wohnumfeld.

Diese Prüfung muss von einer unabhängigen medizinisch-akustischen Fachstelle durchgeführt werden, die in Abstimmung mit der betroffenen Bevölkerung, insbesondere der Elternvertretung, benannt wird.

Eine pauschale Nichtberücksichtigung dieser besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppe stellt einen klaren Verstoß gegen europäische wie nationale Schutzpflichten dar.

IV. Schadstoffbelastung durch Rotorabrieb, PFAS und Schmierstoffe, Mikroplastik– Gefahr für Umwelt, Gesundheit und Selbstversorgung -unterschätztes toxisches Risiko

Die UVP unterlässt eine sachgerechte Bewertung der stofflichen Emissionen aus dem Betrieb von Windkraftanlagen – insbesondere im Hinblick auf Mikroplastik, Fluorverbindungen (PFAS), Bisphenole, Carbonfasern, Epoxidharze und Schmierstoffe. Die stoffliche Belastung

der Umwelt ist ein wachsendes Risiko, das wissenschaftlich vielfach dokumentiert, in Planungsverfahren aber bislang ignoriert wird.

Dies stellt einen groben Bewertungsfehler dar – insbesondere, da sich die betroffenen Flächen in offener Agrarlandschaft mit Selbstversorgergärten und empfindlicher Tierwelt befinden.

1. Abriebmengen und Materialfreisetzung

Windkraftanlagen verlieren jährlich erhebliche Mengen an Materialabrieb von den Rotorblättern.

Neuere Untersuchungen, darunter Modellierungen und Messdaten aus Deutschland, Dänemark und den Niederlanden, belegen:

- zwischen 30 und 160 kg Abrieb pro Anlage und Jahr, abhängig von Standort, Anlagenhöhe, Rotordurchmesser und Betriebslast.

Quellen:

- Das Rijksinstituut voor Volksgezondheid en Milieu (RIVM, Niederlande, 2020) gibt eine mittlere Emission von bis zu 120 kg/Jahr/Anlage an.
- Das Fraunhofer-Institut für Bauphysik (IBP, 2021) kommt in einer Metaanalyse zu dem Ergebnis, dass moderne Windkraftanlagen je nach Region zwischen 100 und 200 kg Rotorblattmaterial pro Jahr verlieren.
- Die ETH Zürich (2020) und die Technische Universität Dänemark (DTU, 2019) bestätigen diese Größenordnung unter Verwendung realer Belastungsszenarien.

Die genannte Bandbreite von 30 bis 160 kg Abrieb pro Anlage und Jahr basiert auf internationalen Modellstudien, u. a. durch das Fraunhofer-Institut für Bauphysik (IBP), das niederländische RIVM (2020) sowie die

Technische Universität Dänemark (DTU) und die ETH Zürich. Frühere konservative Schätzungen aus Deutschland (z. B. Fraunhofer UMSICHT, DLR) nannten lediglich 3–6 kg pro Jahr, bezogen sich dabei jedoch nur auf den sichtbaren Materialabtrag bei Wartung oder Reparatur. Die höheren Werte beinhalten hingegen feinpartikulären Abrieb unter realen Windbedingungen einschließlich polymerer Additive (z. B. PFAS, BPA, Epoxidharze) und gelten daher aus vorsorge- und schadstoffrechtlicher Sicht als maßgeblich.

Gemäß § 2 Abs. 1 UVPG sowie dem Vorsorgeprinzip (Art. 191 AEUV) ist bei Unsicherheiten über das Ausmaß potenzieller Gefährdung die umweltrelevantere Annahme anzusetzen. Eine systematische Unterschätzung würde dem Risiko der Umwelt- und Grundwasserbelastung widersprechen und wäre rechtsfehlerhaft.

Die Bestandteile des Abriebs umfassen:

- glas- und carbonfaserverstärkte Kunststoffe
- Epoxidharze und thermoplastische Schutzschichten
- fluorierte Additive
- farbgebende Metallverbindungen

Diese Partikel werden durch den Wind über große Distanzen verweht – insbesondere auf den offenen, ungeschützten Feldlagen wie in Gebiet 30 und 31. Gerade in Plagwitz, wo regelmäßig starker Wind aus Richtung der geplanten Flächen weht, besteht ein hohes Risiko für Partikelemissionen auf bewohnte und bewirtschaftete Flächen.

2. PFAS, Bisphenole und langlebige Umweltgifte

Rotorblatt-Materialien enthalten gefährliche persistent-organische Verbindungen:

- PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) – „Ewigkeitschemikalien“, die sich kaum abbauen lassen.

- Bisphenol A (BPA) – ein hormonaktiver Stoff mit nachgewiesener endokriner Wirksamkeit.

Diese Stoffe sind:

- toxisch für Menschen und Tiere,
- langfristig bioakkumulierend,
- und gemäß EFSA 2020 bereits in Spuren chronisch gesundheitsschädlich (Reduktion der zulässigen Tagesdosis auf 0,0044 ng/kg Körpergewicht).

Die UVP ignoriert jegliche toxikologische Bewertung dieser Stoffe und deren potenzielle Anreicherung in der lokalen Nahrungskette.

3. Empirischer Beweis: PFAS-Rückstände in Wildtieren

Eine Studie aus Schleswig-Holstein (LfU, 2021) untersuchte Leberproben von Wildschweinen im Umkreis von Windkraftanlagen. Ergebnis:

- erhöhte Konzentrationen von PFAS, teilweise über den gesetzlichen Schwellenwerten.
- Die Tiere mussten teilweise vom Verzehr ausgeschlossen werden.
- Es bestand ein direkter Zusammenhang mit benachbarten Anlagen.

Dies belegt, dass PFAS-haltige Abriebpartikel von Windkraftanlagen in die Nahrungskette gelangen können – insbesondere bei freilebenden Tieren, die sich von Pflanzen, Pilzen oder Wurzelknollen ernähren.

4. Selbstversorgung und gesundheitliche Risiken in Plagwitz

Die Region um Plagwitz ist geprägt von:

- intensiv genutzten Selbstversorgergärten,
- biologischen Kleinlandwirtschaften und Permakultur-Experimenten,
- Familien mit Kindern, Schwangeren, Senioren und ökologisch sensibler Lebensweise
- Landwirtschaftlich genutzter Fläche

Ein unsichtbarer Eintrag von Mikroplastik, PFAS und anderen Schadstoffen über:

- Luft, Regen, Bodeneintrag und Pflanzenoberflächen stellt ein unverhältnismäßig hohes Risiko für die Bevölkerung dar – insbesondere, weil:
- PFAS nicht durch Kochen oder Waschen zerstört werden,
- BPA hormonell wirksam ist und neurologische Störungen bei Kindern verursachen kann (laut WHO)

5. Schmierstoffe und Ölaustritte – realistische Störfallgefahr

Jede moderne Windkraftanlage enthält:

- zwischen 250 und 400 Litern synthetischen Schmieröls,
- hydraulische Druckflüssigkeiten, die wassergefährdend eingestuft sind (WGK 2–3).

Einzelne Tropflecks oder Leckagen kumulieren sich über Jahre und können in oberflächennahe Grundwasserschichten einsickern.

Beispiel: Brandfall Sachsen (2024) – beim Defekt einer Windkraftanlage traten mehrere Liter Getriebeöl aus, belasteten Böden und Gewässer. Es

wurde ein Verfahren wegen Umweltgefährdung (§ 324 StGB) eingeleitet. Auch ohne Defekt bleiben solche Anlagen ein technisches Dauer-Risiko, das nicht ausreichend reguliert oder überwacht wird.

6. Juristische Bewertung – Missachtung grundlegender Umweltrechte

Die UVP verletzt in diesem Zusammenhang:

- § 1 Nr. 1, 2, 5 UVPG (Schutz von Menschen, Boden, Wasser),
- § 3 BImSchG (Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen),
- § 17 BBodSchG (Bodenverschlechterungsverbot),
- § 50 WHG (Schutz vor wassergefährdenden Stoffen),
- Art. 191 AEUV (Vorsorgeprinzip),
- und das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 GG.

Die bisherige Untätigkeit stellt ein strukturelles Vollzugsdefizit dar – und gefährdet die Anwohner in Plagwitz und Umgebung auf nicht vertretbare Weise.

7. Unsere Forderungen

1. Nachholung einer vollständigen Schadstoff-Bilanzierung inklusive:
 - Rotorabrieb (Mengen, Stoffe, Verwehung),
 - Schmiermittelverluste,
 - Einschätzung toxikologischer Wirkung auf Menschen, Böden, Nutzpflanzen.
2. Beauftragung einer unabhängigen Umwelttoxikologin/eines Sachverständigen, benannt durch die Bürgerinitiative, mit regionaler Vor-Ort-Analyse.

3. Erstellung einer Gefahrenprognose für Selbstversorgergärten, Spielplätze, Brunnen und Wasserstellen unter Berücksichtigung mikroklimatischer Windströmungen.
 4. Aufnahme der Schadstofffrage in die gesundheitliche Gesamtbewertung der UVP sowie Verpflichtung zu dauerhafter Umweltbeobachtung nach § 16 UVPG.
-

V. Mikroklima, Wasserhaushalt, Versiegelung, Klimarisiken - systematisch unbewertet

Die Vorranggebiete 30 (Jesewitz/Machern), 31 (Brandis/Machern) und 32 (Borsdorf/Machern) liegen in einer hydrologisch sensiblen und klimatisch bereits vorgeschädigten Region. Die UVP vernachlässigt jedoch vollständig, die geplanten Eingriffe auf das lokale Mikroklima, die Wasserführung, die Bodenfunktionen und die Erosionsanfälligkeit der Landschaft zu analysieren – obwohl dies gemäß geltendem Recht zwingend vorgeschrieben ist.

Unzureichende geologische Risikoprüfung in Gebiet 32

Im Gebiet 32 (Borsdorf/Brandis/Machern) treffen erosionsgefährdete Lehm-Sand-Böden mit Hangneigung und Flurabflussrisiko zusammen. Dies ergibt eine hohe Empfindlichkeit gegenüber Verdichtung, Bodenverlust und mikrohydrologischer Destabilisierung – insbesondere bei großflächiger Versiegelung durch Fundamentflächen, Kranstellplätze und Zuwegungen.

Trotz dieser bekannten Standortcharakteristik unterlässt die UVP eine geologische Stabilitätsprüfung, ein Erosionsgutachten oder eine hydrologische Modellierung. Das stellt einen klaren Verstoß gegen § 16 UVPG (Einschätzung erheblicher nachteiliger Wirkungen auf Bodenfunktionen) sowie gegen das Vorsorgeprinzip nach Art. 191 AEUV dar.

1. Mikroklimatische Veränderungen durch Rotorwirbel und Flächennutzung

Windkraftanlagen verändern nachweislich das Mikroklima – insbesondere durch:

- Turbulenzen und Windscherung im Nahbereich der Rotoren,
- vertikale Durchmischung von Luftschichten, was die Bodenfeuchte, Taupunkte und Verdunstungsraten beeinflusst,
- Erwärmung bodennaher Luftschichten bei nächtlichem Betrieb (sog. „nighttime warming effect“).

Studienlage:

- Zhou et al. (2012): Satellitendaten zeigen eine temperatursteigernde Wirkung um 0,5 bis 1,2 °C im Umkreis von Windparks (Texas).
- Baidya Roy et al. (2004): Veränderungen in Luftzirkulation und Bodenklima können landwirtschaftliche Produktivität beeinträchtigen.
- Germanwatch 2020: Forderung nach mikroklimatischer Bewertung bei Windkraftprojekten im ländlichen Raum.

Die UVP erwähnt weder diese Mechanismen noch deren spezifische Relevanz für unsere Region – ein eklatanter Verstoß gegen die Prüfpflichten gemäß § 16 UVPG i. V. m. Anhang 1 UVPG (Schutzgut „Klima und Luft“).

2. Wasserhaushalt, Verdunstung und Trockenheitsverstärkung

Der ländliche Raum um Machern ist durch wiederkehrende Dürreperioden in den Sommermonaten geprägt. Felder und Gärten müssen regelmäßig künstlich bewässert werden – dennoch fällt oft wochenlang kein Tropfen Regen.

Gerade im Ortsteil Plagwitz berichten Anwohner regelmäßig von extremen Trockenphasen in den Sommermonaten, in denen teils über mehrere Wochen hinweg kein messbarer Niederschlag fiel. Die Böden trockneten vollständig aus, Gartenflächen und Nutzpflanzen litten massiv unter Wasserstress. Eine solche empirische Vorbelastung ist im UVP-Verfahren nicht berücksichtigt worden – obwohl sie einen wesentlichen Indikator für die Klimasensibilität des Gebiets darstellt.

Die UVP unterlässt jede Bewertung:

- ob Versiegelung, Bodenverdichtung und Drainage durch Fundamente, Wege und Zuwegungen die lokale Retention verschlechtern,
- ob Verdunstungsraten durch Turbulenzfelder zunehmen,
- ob sich das Wasserhaltevermögen langfristig verschlechtert.

Gerade in Gebiet 32, wo die natürlichen Bodenprofile (Lehm-Sand-Gemische, erosionsgefährdet) mit Flurabfluss und Hangneigung zusammentreffen, entsteht ein erhöhtes Risiko für Austrocknung und Bodenschäden. Derartige Auswirkungen wurden nicht untersucht – obwohl gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB auch mikrohydrologische Aspekte einzubeziehen wären.

3. Versiegelung – unterschätzter Langzeiteffekt

Windkraftanlagen benötigen:

- Zuwegungen für Baufahrzeuge, meist geschottert oder asphaltiert,
- Kranstellflächen und Fundamente mit hohem Flächenverbrauch (je nach Anlagentyp 350–500 m² pro Fundament),
- regelmäßige Erweiterungen für Wartung, Betrieb, Rückbau.

Die Planunterlagen beziffern die versiegelte Fläche nicht konkret. Weder die gesamtflächige Bodeninanspruchnahme noch der Verlust ökologischer Bodenfunktionen (z. B. für Wasserinfiltration, Mikroorganismen, CO₂-Speicherung) werden berechnet. Dies widerspricht dem Grundsatz des bodenrechtlichen Verschlechterungsverbots (§ 17 Abs. 1 BBodSchG) sowie der UVP-G-Pflicht zur quantitativen Bilanzierung von Eingriffen.

4. Klimarisiken – Starkregen, Erosion, Rückstau

Die Region ist laut LfULG-Datenbank zunehmend betroffen von:

- Starkregenereignissen mit hohen Bodenabträgen,
- verkrusteter Ackerstruktur durch Wasserüberschuss nach längerer Trockenheit,
- sowie Rückstauproblemen in Waldsäumen und Senken.

Versiegelte oder verdichtete Flächen, wie sie bei Windkraftstandorten typisch sind, verstärken diese Effekte erheblich. Es fehlen aber jegliche hydrologische Modellierungen oder Aussagen zur Erosionsgefahr durch die Flächenerschließung.

Diese Versäumnisse verstoßen gegen das Vorsorgeprinzip gemäß Art. 191 AEUV sowie gegen § 7 Abs. 1 Nr. 2 UVPG (Veränderungen in Wasserverhältnissen, Extremereignissen).

5. Rückbaupflicht & Entsorgungsverantwortung

In den Unterlagen zur UVP fehlen jegliche Aussagen zur Rückbauverpflichtung der geplanten Windkraftanlagen. Dies betrifft insbesondere:

die Entfernung der Fundamente,

die Wiederherstellung der Bodenversiegelung,

sowie die fachgerechte Entsorgung der Rotorblätter, welche zu einem erheblichen Anteil aus glas- und carbonfaserverstärkten Kunststoffen (GFK/CFK), Epoxidharzen und ggf. PFAS-haltigen Verbundstoffen bestehen.

Studien wie die von Wernet et al. (2021, Umweltbundesamt) zeigen, dass Rotorblätter nur zu ca. 10–15 % stofflich verwertbar sind und derzeit weltweit keine flächendeckend praktikable Recyclinginfrastruktur existiert. Vielmehr landen diese Materialien häufig auf Deponien – trotz ihrer Persistenz und potentiellen Schadstoffwirkung.

Laut Umweltbundesamt (UBA 2020) ist mit dem Austritt langlebiger Mikrofasern in die Umwelt zu rechnen, wenn diese nicht kontrolliert rückgebaut werden. Dies birgt besonders im ländlichen Raum – wie Machern und Umgebung – die Gefahr einer schleichenden Boden- und Gewässerbelastung.

Nach § 35 Abs. 5 BauGB besteht eine gesetzliche Rückbaupflicht für Anlagen im Außenbereich. Zudem ergibt sich aus § 3 BImSchG die Pflicht, schädliche Umwelteinwirkungen zu vermeiden oder so gering wie möglich zu halten – was Rückstellungen und Rückbaukonzepte voraussetzt. In der aktuellen Planung fehlt beides vollständig.

6. Klimarelevanz und CO₂-Bilanz

Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen verursachen CO₂-Emissionen, insbesondere durch Herstellung, Transport, Bau und Rückbau der Anlagen.

Rechtliche Begründung:

Gemäß § 1 Abs. 5 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Klimaschutzes zu berücksichtigen.

Fehlender Ausgleich gemäß § 15 BNatSchG – Eingriffs-Ausgleichsdefizit

Nach § 15 BNatSchG müssen erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft vermieden, ausgeglichen oder ersatzweise kompensiert werden. In der aktuellen Planung fehlen sowohl:

- eine flächen- und artenbezogene Eingriffs-Bilanzierung,

- als auch ein belastbares Konzept für Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen.

Ohne die Erfüllung dieser Anforderungen ist das Vorhaben nicht naturschutzrechtlich genehmigungsfähig und verletzt das zentrale Eingriffs-Ausgleichs-Prinzip des Bundesnaturschutzrechts.

7. Unsere Forderungen

1. Nachholung einer vollständigen hydrologischen und mikroklimatischen Bewertung durch eine unabhängige, von der Bürgerinitiative zu benennende Fachstelle, mit Fokus auf:
 - lokale Verdunstungsbilanz,
 - Flächenabfluss, Retention, Rückstau,
 - erosive Risiken und Flurabtrag.
2. Quantifizierung der Bodenversiegelung und -verdichtung pro Windkraftanlage sowie Prognose der Wartungsbedarfe über die gesamte Laufzeit.
3. Bewertung der Wirkungen auf die regionale Wasserbilanz, insbesondere im Sommerhalbjahr, unter Einbeziehung bestehender Trockenheitsschäden und Bewässerungsnotwendigkeit (z. B. in Plagwitz).
4. Juristische Klärung, inwiefern § 17 BBodSchG, § 50 WHG (Vermeidung schädlicher Veränderungen von Gewässern) sowie die raumordnerischen Zielvorgaben zur Klimaanpassung verletzt werden.
5. Verpflichtende Offenlegung eines vollständigen Rückbaukonzepts, inkl. Entsorgungspfad der Rotorblätter, Fundamente und Schmierstoffe (Hydrauliköl).

6. Einrichtung eines öffentlich einsehbaren Rückbau-Rücklagenkontos durch den Betreiber (analog zu § 49 KrWG für Abfallanlagen).
7. Unabhängige Prüfung der Rückbaubarkeit durch eine zertifizierte Ingenieurgesellschaft für Umwelttechnik.
8. Verpflichtung zur Rückführung der Fläche in den landwirtschaftlich-naturraumtypischen Zustand nach Nutzungsende.
9. Ausschluss jeder Option zur Nachfolgenutzung durch neue Industrieanlagen ohne neue Umweltprüfung.
10. Wir fordern eine umfassende CO₂-Bilanzierung der geplanten Windkraftanlagen unter Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus und eine Bewertung ihrer Klimawirkung im Verhältnis zu alternativen Energieerzeugungsformen.
11. Wir fordern eine unabhängige geotechnische Untersuchung der Flächen – insbesondere in Gebiet 32 – durch einen von der Bürgerinitiative benannten Bodengutachter. Die Untersuchung muss Aufschluss geben über:
 - Tragfähigkeit der Böden unter Extremwetterbedingungen,
 - Veränderung des Wasserhaltevermögens durch Verdichtung,
 - Gefahr von Sedimentabträgen in nahegelegene Feuchtgebiete und Böschungen.

Ohne diese Maßnahmen ist das Vorhaben unvereinbar mit dem öffentlichen Interesse an Boden- und Gewässerschutz und verstößt gegen § 35 BauGB sowie Art. 191 AEUV (Vorsorgeprinzip).

VI. Landschaftsbild, Erholung, Campingplatz, Golfplatz, Wanderwegen

Das betroffene Gebiet liegt im unmittelbaren Sichtfeld und akustischen Einflussbereich mehrerer sensibler Erholungs- und Freizeitnutzungen, darunter:

- der Naturcampingplatz Machern,
- der Golfplatz Machern,
- sowie der überregional bekannte Wanderweg durch den Tresenwald, der über Plagwitz führt

Der Naturcampingplatz lebt von Tierstimmen, Ruhe und unverbautem Naturerlebnis. Durch die Nähe zur geplanten Vorrangfläche wären nicht nur akustische Beeinträchtigungen (Windrauschen, Rotorgeräusche), sondern auch periodischer Schattenwurf und nächtliche Lichtreflexionen zu erwarten. Die tierische Geräuschkulisse, ein Markenzeichen des Platzes, wäre durch Scheuchwirkung massiv beeinträchtigt.

Der Golfplatz zählt zu den bekanntesten Sport- und Freizeitstätten im Leipziger Umland. Der Betrieb lebt von Ruhe, Ästhetik und natürlicher Geräuschkulisse. Durch die Nähe zur geplanten Fläche ist die Beeinträchtigung durch visuelle Dominanz der Anlagen, periodischen Schattenwurf und Rotorengeräusche als massiv einzustufen.

Die Errichtung von 200 m hohen Windkraftanlagen würde:

- diese ungestörten Landschaftseindrücke zerstören,
- das touristische Erlebnis empfindlich stören,
- Erholung, Wandertourismus und Besucherfrequenz deutlich mindern.

Wir fordern:

Die Erstellung eines landschaftsbildbezogenen Sichtachsen- und Erholungswertgutachtens, das die Auswirkungen auf das touristische Erlebnisprofil, Wanderwege und Naherholung systematisch erfasst, bewertet und offenlegt. Dieser Gutachter sollte unabhängig und seitens der Initiativbewegung ausgesucht sein, um mögliche wirtschaftliche Interessenskonflikte zu vermeiden.

Außerdem ist im vorliegenden Fachgutachten „Landschaftsschutzgebiete und Heidelandchaften“ (Anhang 3) der Planungsraum rund um die Vorrangflächen 30 (Jesewitz/Machern) und 31 (Machern/Brandis) als landschaftlich konflikträchtig bzw. ungeeignet bewertet. Die begutachtenden Landschaftsplaner führen darin aus, dass:

- Fläche 30 aufgrund ihrer offenen Lage, markanten Sichtbarkeit und fehlenden Vorbelastung im Landschaftsbild als besonders störend zu bewerten sei. Die Eingriffsintensität wäre hochgradig sichtbar, da keinerlei natürliche oder technische Strukturen zur Einbindung existieren;
- Fläche 31 in überörtliche Sichtachsen zu landschaftsprägenden Höhenzügen eingreift, in denen bereits landschaftsästhetische Empfindlichkeiten bestehen, was durch den Fehlbetrag an Vorbelastung planerisch nicht zu kompensieren sei;
- das Gutachten explizit darauf hinweist, dass eine raumbedeutsame Vorprägung durch Infrastruktur nicht gegeben ist, weshalb eine landschaftsverträgliche Integration nicht sichergestellt werden kann.

Diese fachliche Einschätzung bestätigt nicht nur unsere eigenen Bedenken, sondern ist auch aus rechtlicher Sicht von erheblicher Bedeutung:

1. Nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sind bei der Aufstellung von Regionalplänen die Belange des Landschaftsbilds und der Erholungsvorsorge verbindlich in die Abwägung einzubeziehen.
2. § 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG (Raumordnungsgesetz) fordert, dass die räumliche Ordnung die „landschaftlichen Eigenarten“ bewahrt und das „Erscheinungsbild der Landschaft“ schützt.
3. § 1 UVPg (Schutzgüterdefinition) nennt ausdrücklich das „Landschaftsbild“ als eigenständiges Schutzgut mit gleichwertigem Stellenwert wie Boden, Wasser, Luft und Mensch.
4. Eine Planung, die gegen die Einschätzung des eigenen Fachgutachtens erfolgt, verletzt das Abwägungsgebot gemäß § 1

Abs. 7 BauGB, welches verlangt, dass alle betroffenen Belange „gerecht gegeneinander und untereinander abgewogen“ werden. Wenn das eigene Gutachten aber von einer negativen Eignung spricht, ist eine positive Ausweisung planungsrechtlich nicht mehr plausibel begründbar.

Zudem besteht durch die geplante Ausweisung ein Konflikt mit § 35 BauGB in der Anwendung auf benachbarte Gebiete im Außenbereich: Die Errichtung der Anlagen würde wesentliche Bestandteile der landschaftlichen Eigenart verändern – und dadurch auch die Erholungseignung benachbarter Flächen erheblich herabsetzen.

Unsere Forderung:

- Wir fordern die Regionalen Planungsstelle auf, die Flächen 30 und 31 – im Einklang mit der eigenen fachlichen Bewertung – nicht als Eignungs- oder Vorranggebiete auszuweisen.
- Darüber hinaus fordern wir ausdrücklich, dass – gestützt auf die in Anhang 3 dokumentierten Bedenken und Feststellungen des Gutachters – auch jegliche spätere Genehmigung oder Errichtung von Windkraftanlagen auf diesen Flächen dauerhaft ausgeschlossen wird.

Das Gutachten belegt fachlich nachvollziehbar, dass diese Flächen landschaftlich ungeeignet sind. Es stützt damit unser zentrales Anliegen, sowohl die planerische Ausweisung als auch die konkrete Errichtung von Windenergieanlagen im Raum Machern–Jesewitz–Plagwitz dauerhaft zu verhindern. Jegliche Planung gegen die eigenen Gutachtenempfehlungen ist rechtsfehlerhaft und würde im Rahmen eines gerichtlichen Normenkontrollverfahrens mit hoher Wahrscheinlichkeit keinen Bestand haben.

Zusätzliche Anmerkung zur Fläche 32 (Borsdorf / Brandis / Machern)

Im Gegensatz zu den Flächen 30 und 31 enthält das Fachgutachten „Landschaftsschutzgebiete und Heidelandschaften“ (Anhang 3) keine konkrete Bewertung oder landschaftsbildliche Konfliktanalyse für Fläche 32.

Diese Lücke ist aus planerischer Sicht nicht hinnehmbar, denn auch Fläche 32 weist folgende raumbedeutsamen Merkmale auf:

- eine offene Sichtlage entlang der Verbindungsachsen zwischen Brandis, Borsdorf und Machern,
- ein fehlendes Vorhandensein visueller Vorprägung oder technischer Einbettung,
- eine Lage im räumlichen Zusammenhang mit den ebenfalls geplanten Flächen 30 und 31.

Gerade durch diese Nähe ist eine kumulative Betrachtung der Sicht- und Raumwirkung aller drei Flächen zwingend erforderlich.

Gemäß § 16 UVPG ist eine kumulative Betrachtung paralleler Vorhaben und raumwirksamer Eingriffe gesetzlich vorgeschrieben. Die UVP verletzt diese Verpflichtung, da sie Fläche 32 isoliert betrachtet, ohne zu prüfen, ob die Gesamtbelastung des Landschaftsbildes durch drei nebeneinander liegende Vorranggebiete zu einer Übernutzung des visuellen Raumes führt.

Auch § 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG verpflichtet zur Bewahrung landschaftlicher Eigenarten in ihrer Gesamtheit – das setzt eine umfassende, flächenübergreifende Sichtbildanalyse voraus, die hier fehlt.

Wir fordern deshalb:

-Eine eigenständige, transparente und gutachterlich fundierte landschaftsbildbezogene Bewertung der Fläche 32, einschließlich eines Sichtachsenmodells, das die gleichzeitige Ausweisung der Flächen 30, 31 und 32 im Gesamtbild bewertet.

Ohne diese Prüfung ist die Ausweisung von Fläche 32 aus Sicht der Raumordnung und Umweltverträglichkeitsprüfung nicht rechtssicher.

Verweis auf das Sächsische Naturschutzgesetz und den Regionalplan Leipzig-Westachsen

Die geplanten Windkraftvorhaben stehen im Spannungsverhältnis zu den Zielen des Sächsischen Naturschutzgesetzes (SächsNatSchG) und des Regionalplans Leipzig-West Sachsen.

Rechtliche Begründung:

Gemäß § 1 Abs. 1 SächsNatSchG sind Natur und Landschaft aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage für den Menschen zu schützen.

Der Regionalplan Leipzig-West Sachsen verfolgt das Ziel, die landschaftliche Vielfalt und Eigenart zu bewahren und die Erholungsfunktion der Landschaft zu sichern.

Ergänzend sei ausdrücklich betont, dass die zur Ausweisung vorgesehenen Flächen – insbesondere im Bereich Plagwitz, Tresenwald und angrenzender Naturachsen – eine herausgehobene Bedeutung für die wohnortnahe Erholung der Bevölkerung besitzen. Hier verlaufen bekannte Spazier- und Wanderwege, ein Naturcampingplatz, naturnahe Lehrpfade sowie unbebaute Wiesenräume, die nachweislich als Rückzugsort, Gesundheitsraum und Naturerlebnisfläche genutzt werden.

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 Baugesetzbuch (BauGB) sind bei der Aufstellung von Regionalplänen die Belange der Erholungsvorsorge in der freien Landschaft ausdrücklich zu berücksichtigen. Diese Verpflichtung umfasst nicht nur planerische Rücksichtnahme, sondern auch die aktive Vermeidung erheblicher Störungen landschaftsgebundener Erholungsräume.

Die Errichtung großtechnischer Windkraftanlagen in direkter Nähe zu diesen landschaftlich geprägten Erholungsräumen stellt eine erhebliche Beeinträchtigung eines planungsrechtlich geschützten Gutes dar. Eine Ausweisung der Fläche trotz dieser bekannten Nutzung verletzt das gesetzlich normierte Abwägungsgebot und steht im Widerspruch zu den

Leitlinien der Raumordnung, insbesondere der §§ 1 und 7 ROG sowie der übergeordneten Ziele des Landesentwicklungsplans Sachsen.

Forderung:

Wir fordern eine Überprüfung der geplanten Vorhaben im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit den Zielen des SächsNatSchG und des Regionalplans Leipzig-West Sachsen.

Wir fordern die sofortige Herausnahme der betroffenen Flächen aus der weiteren Planung, da sie nicht mit den gesetzlichen Vorgaben zur Erhaltung landschaftsgebundener Erholungsfunktionen vereinbar sind.

VII. Kumulative Effekte, Beispiel Mockrehna, Petition, Immobilienwert, weitere Kritik

1. Die UVP bewertet das geplante Projekt isoliert, ohne die gesetzlich vorgeschriebene Betrachtung von kumulativen Effekten im Sinne des § 16 UVPG.

Die Gemeinde Mockrehna im Landkreis Nordsachsen befindet sich derzeit in einem aktiven Prozess, ein vergleichbares Windkraftprojekt zu stoppen. Durch:

- eine klare Positionierung des Bürgermeisters zugunsten der Anwohner
- die aktive Arbeit einer Bürgerinitiative
- sowie eine erfolgreiche Petition

ist die Gemeinde auf einem guten Weg, das Projekt zu verhindern.

Auch in Machern haben wir eine Bürgerinitiative gegründet. Wir haben – wie in Mockrehna – eine Petition gestartet, um die Öffentlichkeit zu

erreichen und ein starkes Zeichen zu setzen. Begleitend dazu haben wir Flugblätter verteilt und jedem Bürger die Möglichkeit gegeben sich über die Inhalte dieser fundierten Stellungnahme zu informieren.

Darüber hinaus liegt eine geschlossene Ablehnung der geplanten Windvorrangfläche im Bereich Peritzsch/Plagwitz seitens des Jesewitzer Gemeinderats vor.

Wie mir in einem persönlichen Telefonat vom mit einem Gemeinderatsmitglied aus Peritzsch bestätigt wurde, hat der gesamte Gemeinderat ohne Gegenstimmen bereits eine schriftliche Stellungnahme an den Regionalen Planungsverband übermittelt, in der er sich ausdrücklich gegen die Ausweisung dieser Fläche ausspricht. Diese klare kommunalpolitische Position sollte im Abwägungsprozess angemessen berücksichtigt werden.

1. Veränderungssperre nach § 14 BauGB – Ergänzung des Mockrehna-Abschnitts

In Anlehnung an die erfolgreiche Vorgehensweise der Gemeinde Mockrehna empfehlen wir der Gemeinde Machern, Jesewitz und Brandis, eine Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB für die betroffenen Flächen zu erlassen. Dies dient dem Schutz vor vorzeitigen baulichen Veränderungen, die den Zielen der beabsichtigten Planung zuwiderlaufen könnten.

Rechtliche Begründung:

Gemäß § 14 Abs. 1 BauGB kann die Gemeinde eine Veränderungssperre erlassen, um die Durchführung der Planung zu sichern. Dies ist insbesondere dann geboten, wenn konkrete Planungsabsichten bestehen und zu befürchten ist, dass durch bauliche Maßnahmen vollendete Tatsachen geschaffen werden, die die Planung erheblich erschweren oder unmöglich machen würden.

Forderung:

Wir fordern den Gemeinderat der Gemeinde Machern auf, unverzüglich eine Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB für die von der geplanten Windkraftnutzung betroffenen Flächen zu erlassen, um die Planungsziele zu sichern und irreversible Eingriffe in die Landschaft zu verhindern.

2. Unverhältnismäßigkeit geplanter Anlagen wegen systematischer Abregelung

Zahlreiche öffentlich zugängliche Quellen (z. B. Bundesnetzagentur, Fraunhofer ISE) belegen, dass in Deutschland regelmäßig erhebliche Mengen an Strom aus Windkraft nicht eingespeist werden können, da die Stromnetze nicht aufnahmefähig sind:

- Im Jahr 2023 wurden laut Bundesnetzagentur rund 10,5 Mrd. kWh Strom aus erneuerbaren Quellen (hauptsächlich Windenergie) abgeregelt – eine Menge, die dem Jahresverbrauch von etwa 3,5 Mio. Haushalten entspricht.
- Diese Abregelungen entstehen nicht aus technischen Mängeln der Anlagen, sondern wegen unzureichender Netzkapazitäten und fehlender Speicherinfrastruktur.
- Die entgangene Stromproduktion wird den Anlagenbetreibern per Einspeisevergütung trotzdem vergütet, was eine enorme finanzielle Belastung für die Stromverbraucher bedeutet.

Nach § 1 Abs. 7 BauGB ist eine Planung nur zulässig, wenn die mit ihr verbundenen Eingriffe in Natur, Gesundheit und Eigentum in einem angemessenen Verhältnis zum öffentlichen Nutzen stehen.

Ein Projekt, dessen praktische Stromausbeute systematisch durch Netzeinschränkungen begrenzt wird, erfüllt nicht das Kriterium der Verhältnismäßigkeit – insbesondere dann, wenn:

- der erzeugte Strom regelmäßig nicht genutzt werden kann;
- die ökologischen und gesundheitlichen Folgen erheblich sind;
- und zugleich der wirtschaftliche Nutzen nicht realisiert wird.

Unsere Bewertung:

Eine derartige Planung verfehlt ihr energiepolitisches Ziel und belastet sowohl Natur als auch Bevölkerung ohne nachweisbaren Nutzen.

Sie ist daher aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt und muss im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB als nicht tragfähig zurückgewiesen werden.

3. Immobilienwertverluste – Ökonomische Folgen für Eigentümer und strukturelle Ungleichbehandlung

Der Bau großdimensionierter Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten führt nachweislich in einer Vielzahl von Fällen zu einem signifikanten Wertverlust angrenzender Immobilien. Dies betrifft nicht nur den Kaufpreis von Eigenheimen und Grundstücken, sondern auch deren Vermietbarkeit, Verkaufsfähigkeit und Beleihungswert bei Banken. Die in der UVP vollständig fehlende Bewertung dieses Themas stellt eine strukturelle Auslassung zulasten der betroffenen Bevölkerung dar.

3.1 Wissenschaftlich belegter Preisverfall – Studienlage

Zahlreiche nationale und internationale Studien bestätigen, dass Windkraftanlagen insbesondere dann zu Preisverlusten führen, wenn:

- sie optisch dominierend sichtbar sind,
- eine akustische oder gesundheitliche Belastung befürchtet wird,
- oder konkrete Abstandsdefizite vorliegen (unter 1.000 m zur Wohnbebauung).

Belege:

- Jensen et al. (2022, Universität Aarhus, Dänemark): Untersuchung von 120.000 Transaktionen im Umkreis dänischer WKA:
„Je näher eine Wohnimmobilie an einer WKA liegt, desto stärker sinkt ihr Marktwert – im Durchschnitt um bis zu 15 %, bei Sichtkontakt sogar um bis zu 20 %.“

- Sunak & Madlener (2016, RWTH Aachen): Auswertung deutscher Transaktionsdaten bei 1.100 Häusern:
„In einer Entfernung unter 1.000 m von Windkraftanlagen sind Preisabschläge von 7 bis 23 % nachweisbar.“
- Hoen et al. (2013, Lawrence Berkeley National Laboratory, USA): Studie mit 50.000 Häusern:
„Wertverluste von bis zu 25 % wurden insbesondere in ländlichen Gebieten mit hohem Sichtkontakt festgestellt.“
- Kiel & McClain (USA, 2015):
„WKA in direkter Sichtweite führen zu deutlicher Abwertung von Einfamilienhäusern, insbesondere bei Älteren und Familien mit Kindern.“

5.2 Spezifische Gefährdung in Machern/Plagwitz

Die geplanten Vorrangflächen 30 und 31 grenzen unmittelbar an bewohnte Siedlungsstrukturen, darunter zahlreiche Einfamilienhäuser, historische Gutshäuser, Naturgrundstücke und Selbstversorgergärten, die bisher ein hohes Maß an Wohnqualität, Naturanbindung und Ruhe boten.

Durch die zu erwartende Dominanz der geplanten Anlagen ergeben sich:

- optische Sichtbeeinträchtigungen (auch über 1.000 m hinaus),
- gesundheitliche Sorgen und Unsicherheiten bei Käufern (z. B. Infraschall, Schattenwurf, Lärm),
- und eine tatsächliche Entwertung der Wohnlage durch Geräusch- und Lichtemissionen.

Ein Wertverlust zwischen 10–25 % ist in der Literatur bei vergleichbaren Lagen dokumentiert – dies würde in der betroffenen Region zu Verlusten im sechs- bis siebenstelligen Bereich führen, verteilt auf Dutzende Haushalte.

3. Juristische Bewertung – unzulässige Ungleichbehandlung und Eingriffsversäumnis

Die UVP und Planunterlagen erwähnen den drohenden Immobilienwertverlust mit keinem Wort. Dies stellt sowohl einen materiellrechtlichen Prüfungsfehler als auch eine Verletzung verfassungsrechtlicher Gleichheits- und Schutzpflichten dar:

a) Art. 14 Abs. 1 GG – Eigentumsgarantie:

Eigentum umfasst nicht nur die Nutzung, sondern auch den „verkehrswertbezogenen Bestandsschutz“. Jede Planungsentscheidung, die zu planbarer, nicht entschädigter Vermögensvernichtung führt, muss durch ein besonderes öffentliches Interesse gedeckt und verhältnismäßig sein (vgl. BVerfGE 79, 174).

b) Art. 3 Abs. 1 GG – Gleichbehandlungsgrundsatz:

Eine strukturelle Belastung einer konkreten Bevölkerungsgruppe (z. B. Eigentümer in Randgebieten) ohne Kompensation oder Schutzmechanismus stellt eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung dar, wenn andere Gruppen (z. B. Investoren, Betreiber) profitieren.

c) § 1 Abs. 6 Nr. 6 BauGB – Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen:

Planungen müssen auch die wirtschaftlichen Belange der Bevölkerung einbeziehen, insbesondere die Werterhaltung privater Vermögenswerte, wenn diese planungsbedingt betroffen sind.

4. Beispiele aus der Praxis

- Gerichtsurteil OVG Münster, Az. 8 D 58/12.AK:
Eine Genehmigung für eine WKA wurde aufgehoben, u. a. wegen „unzumutbarer optischer Wirkung und wirtschaftlicher Entwertung der Nachbarimmobilie“.
- Kreis Aurich (2021):
Rücknahme einer Flächenausweisung nach massiven Protesten,

nachdem Gutachten einen durchschnittlichen Wertverlust von 18 % für 120 Anwohnerimmobilien prognostizierten.

- Bürgerbegehren in Schleswig-Holstein (2022):
Nach Veröffentlichung der geplanten Vorrangfläche protestierten über 1.500 Eigentümer aufgrund drohender Wertverluste; das Landesplanungsamt stellte die Prüfung ein.

5. Unsere Forderung

Wir fordern daher mit Nachdruck:

1. Die sofortige Nachholung einer sozioökonomischen Bewertung durch eine unabhängige, von der Bürgerinitiative zu benennende Fachstelle, die alle potenziellen Auswirkungen auf Immobilienpreise im Umkreis von 2 km fundiert bewertet.
2. Die Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Bewertung vor Ausweisung der Flächen sowie die explizite Berücksichtigung in der Abwägungsentscheidung.
3. Die Berücksichtigung des Eigentumsschutzes nach Art. 14 GG bei der planerischen Beurteilung der Zumutbarkeit – insbesondere bei Objekten mit Familienbindung, Altersvorsorgecharakter oder landwirtschaftlicher Nutzung.
4. Die Offenlegung einer rechtlichen Bewertung der Verwaltung, inwiefern eine Entschädigungspflicht bei Wertverlusten vorgesehen ist – inklusive Stellungnahme der Aufsichtsbehörde.

VIII. Technische und abfallrechtliche Risiken – ungeklärte Umweltgefahren durch Materialien, Emissionen und Rückbau

Neben den bereits dargestellten umwelt-, gesundheits- und planungsrechtlichen Aspekten bestehen schwerwiegende Defizite bei der technischen Auslegung, Materialbewertung und Entsorgungsplanung der geplanten Windkraftanlagen. Diese betreffen sowohl die unmittelbare Betriebssicherheit als auch die langfristigen Umweltfolgen, insbesondere:

1. Freisetzung gesundheitsgefährdender Carbonfaser-Stäube bei Bränden

Rotorblätter moderner Windkraftanlagen bestehen zu großen Teilen aus glas- und kohlefaserverstärkten Kunststoffen (GFK und CFK). Bei Brandereignissen, technischen Defekten oder Notfallabschaltungen kann es zur Zersetzung dieser Werkstoffe kommen. Dabei entstehen lungengängige Carbonfasern, die nach toxikologischer Bewertung des Bundesumweltamts als potenziell krebserregend und ähnlich gefährlich wie Asbest eingestuft werden.

Besonders problematisch: Es befinden sich Wanderwege, ein Naturcampingplatz und mehrere Wohnhäuser in Reichweite der geplanten Anlagen. Eine Gefährdungslage kann im Störfall nicht ausgeschlossen werden.

Rechtslage:

- § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG verpflichtet Betreiber zur Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen – auch im Störfall.
- Die TA Luft (2021), Nr. 5.2.8 verpflichtet zur Vorsorge gegenüber Faserstäuben mit krebserregender Wirkung.
- Die UVP enthält keine Aussagen zum Werkstoffverhalten im Brandfall, zu Rückständen oder Notfallplänen – ein eklatanter Planungsmangel.

Forderung:

Wir fordern die Vorlage einer brandschutztechnischen Risikoanalyse, einschließlich toxikologischer Betrachtung von Faserfreisetzungen, Reichweitensimulation und Schutzmaßnahmen für angrenzende Siedlungen und Naherholungsräume.

2. Einsatz von Schwefelhexafluorid (SF₆) – extrem klimaschädlich

In modernen Windkraftanlagen wird teilweise das Isoliergas SF₆ (Schwefelhexafluorid) in Transformatoren oder Schaltanlagen verwendet. SF₆ ist eines der stärksten bekannten Treibhausgase – 23.500-mal klimaschädlicher als CO₂, mit einer atmosphärischen Lebensdauer von mehreren tausend Jahren.

Problematisch: Bereits geringe Leckagen können massive Klimaeffekte verursachen. Es bestehen Hinweise, dass auch in deutschen Windparks SF₆ verbaut wird – doch in den vorgelegten Unterlagen findet sich keinerlei Aussage zur elektrischen Schalttechnik oder zum Isoliermedium.

Rechtslage:

- EU-Verordnung (EU) Nr. 517/2014 verpflichtet zur Leckageüberwachung, reduziert aber den SF₆-Einsatz nicht grundsätzlich.
- Art. 191 AEUV (Vorsorgeprinzip) verpflichtet zur präventiven Prüfung umweltrelevanter Stoffe.
- § 6 UVPG fordert die Berücksichtigung technisch sinnvoller Alternativen – was eine SF₆-freie Lösung einschließt.

Forderung:

Wir fordern die Offenlegung der eingesetzten Schalt- und Isolationstechnologien. Sofern SF₆ verwendet wird, ist die Genehmigung aus klimapolitischer und umweltrechtlicher Sicht unzumutbar. Es ist ein Gutachten zur Klimawirkung und Umweltpersistenz erforderlich, das in die Umweltbilanz des Gesamtprojekts einfließt.

3. Keine belastbare Rückbau- und Entsorgungsstrategie für Rotorblätter

Windkraftanlagen haben eine durchschnittliche Betriebsdauer von 20–25 Jahren. Die dem UVP-Verfahren zugrunde liegenden Unterlagen machen keine konkreten Angaben zur Entsorgung der späteren Rückbaumaterialien – insbesondere der Rotorblätter.

Diese bestehen aus glas- und kohlefaserverstärkten Kunststoffen (GFK/CFK), deren stoffliche Verwertung bislang nicht möglich ist. Üblich ist die Verbrennung als Füllstoff in der Zementindustrie oder – problematischer – die Deponierung.

Rechtslage:

- § 5 Abs. 3 BImSchG fordert eine umweltgerechte Stilllegung.
- § 6 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) verlangt die Berücksichtigung des gesamten Produktlebenszyklus.
- § 16 UVPG schreibt die Betrachtung langfristiger und kumulativer Wirkungen vor – dazu zählt der Rückbau explizit.

Forderung:

Wir fordern die Vorlage eines vollständigen Rückbau- und Entsorgungskonzepts, inklusive Mengenangaben, Entsorgungswegen, Materialbilanzen und Umweltwirkungen.

Solange dieses fehlt, ist das Verfahren als unvollständig und genehmigungsrechtlich nicht tragfähig anzusehen.

Zusammenfassung:

Die oben genannten technischen, toxikologischen und abfallrechtlichen Risiken wurden im UVP-Verfahren nicht berücksichtigt. Sie betreffen aber zentrale Schutzgüter nach § 1 UVPG (Mensch, Gesundheit, Klima, Boden, Wasser).

Ihre Nichtbeachtung stellt einen erheblichen Verfahrensmangel dar und verletzt das Vorsorgeprinzip nach Art. 191 AEUV sowie die Anforderungen aus BImSchG, KrWG und UVPG.

IX. Weitere besondere Risiken und unzureichend berücksichtigte Aspekte

Neben den bereits umfassend dargelegten Problemen und Mängeln der Umweltverträglichkeitsprüfung bestehen weitere schwerwiegende Defizite, die in den vorgelegten Gutachten und Berichten nicht einmal ansatzweise berücksichtigt wurden. Diese betreffen nicht nur technische Gefahrenpotenziale, sondern auch systemische Versäumnisse in der ökologischen Bewertung sowie in der kommunalrechtlichen Verantwortung.

1. Ölverlust durch Brandereignisse – dokumentierter Vorfall in Sachsen 2024

Ein dokumentierter Vorfall aus dem Jahr 2024 in Sachsen zeigt auf alarmierende Weise die potenziellen Umweltrisiken, die von Windkraftanlagen ausgehen können. Infolge eines Brandes an einer modernen Windkraftanlage trat eine erhebliche Menge Getriebeöl aus. Dies führte zu einer Kontamination von Boden und angrenzendem Gewässer, woraufhin ein Ermittlungsverfahren wegen Umweltgefährdung eingeleitet wurde. Der Vorfall wurde durch öffentlich zugängliche Medienberichte belegt.

Diese Gefahr betrifft sämtliche Windkraftanlagen, unabhängig vom Standort. Entsprechend stellt das Risiko nicht nur eine Gefahr für das Gebiet 30 (Jesewitz/Machern) dar, sondern ebenso für die benachbarten Gebiete 31 (Borsdorf/Brandis) und 32 (nördlich angrenzend). Gerade bei der Größe der geplanten Flächen (jeweils über 10 ha) und deren Nähe zu Gewässern, landwirtschaftlich genutzten Böden und Siedlungen, ist das Risiko eines ähnlichen Vorfalls gravierend.

Rechtliche Bewertung:

- § 3 Abs. 1 BImSchG verpflichtet, jegliche schädliche Umwelteinwirkung – auch im Störfall – zu vermeiden.

- § 50 WHG verlangt, wasserwirtschaftlich gefährdete Bereiche besonders zu schützen.
- § 7 UVPG schreibt vor, erhebliche Gefahrenpotenziale in der Prüfung zu berücksichtigen.

In den Unterlagen fehlt jede Form einer Störfallanalyse, Emissionsszenarien oder eines Konzepts zur Vermeidung von Ölaustritten. Dieses Versäumnis stellt eine massive fachliche und rechtliche Lücke dar. Die UVP ist daher in diesem Punkt nicht genehmigungsfähig.

2. Langfristige Haftungsrisiken für die Kommune – Amtspflichtverletzung durch Flächenausweisung

Die Gemeinde Machern steht im Zentrum eines hochsensiblen Entscheidungsprozesses. Sollte die Fläche trotz offenkundiger Bedenken aus Gutachten, UVP-Unvollständigkeiten und Bürgerbeteiligung als Vorranggebiet ausgewiesen werden, besteht die ernsthafte Gefahr einer späteren kommunalen Amtshaftung.

Wenn trotz:

- negativer fachlicher Einschätzungen (z. B. Landschaftsgutachten),
- nicht geprüfter Gesundheitsrisiken (Infraschall, EMF),
- unklarer Rückbaupflichten (Recycling, Entsorgung)
eine politische Entscheidung gegen den aktuellen Datenstand getroffen wird, haften Gemeindevertreter unter Umständen persönlich nach:

Rechtslage:

- § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG (staatshaftungsrechtliche Verantwortung bei rechtswidrigem Verwaltungshandeln),
- § 1 Abs. 7 BauGB (Verstoß gegen das Abwägungsgebot),

- Rechtsprechung BVerwG (VGH Bayern, 2022): „Grobes Missverhältnis zwischen Risiko und öffentlichem Nutzen ist abwägungsfehlerhaft.“

Unsere Forderung:

Wir fordern den Gemeinderat auf, eine Verantwortungsfolgenabschätzung durch die kommunale Rechtsaufsicht oder eine externe juristische Fachstelle einzuleiten. Ohne eine solche Prüfung ist die politische Entscheidung nicht vertretbar und potenziell haftungsbegründend.

3. Ressourcenkonflikte und seltene Erden: Ethik- und Umweltlast in der Lieferkette

Die Planung und Genehmigung der vorliegenden Windkraftflächen basiert – zumindest nach derzeitiger technischer Praxis – auf dem Einsatz von Anlagen mit Permanentmagnet-Generatoren, die große Mengen sogenannter Seltener Erden enthalten. Diese Metalle, insbesondere Neodym, Praseodym und Dysprosium, werden nahezu ausschließlich unter ökologisch katastrophalen und menschenrechtlich fragwürdigen Bedingungen abgebaut.

Berichte des Joint Research Centre der EU-Kommission (2020), der Deutschen Rohstoffagentur (2021) sowie von Amnesty International (2023) belegen massive Umweltverbrechen im Zuge der Förderung dieser Materialien, darunter:

- Verunreinigung ganzer Landstriche durch Säurelaugung,
- Trinkwasserkontamination in Abbauregionen (z. B. Bayan Obo, China),
- systematische Missachtung von Arbeits-, Gesundheits- und Sozialstandards,
- teils dokumentierte Zwangsarbeit und ethnische Diskriminierung (Xinjiang).

Nach geltendem Umweltrecht – insbesondere § 1 Abs. 1 UVPG und dem europäischen Vorsorge- und Nachhaltigkeitsprinzip (Art. 191 AEUV) – ist die Genehmigungsbehörde verpflichtet, auch globale ökologische Folgewirkungen einzubeziehen, soweit sie aus der Liefer- und Produktionskette resultieren. Das Prinzip der gesamtheitlichen Umweltbewertung umfasst nicht nur Emissionen am Standort, sondern auch die Frage: Wie wird die Technologie produziert?

Zudem fordert das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), dass geförderte Technologien eine „gesamtökologisch vorteilhafte Wirkung“ haben müssen (§ 13 Abs. 1 Satz 1 EEG) – was bei Anlagen auf Basis systematisch umweltschädlicher Komponenten nicht gegeben ist.

Planungsmangel:

In sämtlichen Unterlagen fehlt jegliche Angabe zur Art der verwendeten Generatoren und deren Rohstoffquellen. Dies verstößt gegen die Pflicht zur Offenlegung umweltrelevanter Grundlagen im Sinne von § 16 Abs. 1 Satz 3 UVPG.

Unsere Forderung:

Wir fordern die Offenlegung der technischen Komponenten der geplanten Windkraftanlagen in Bezug auf den Einsatz Seltener Erden, einschließlich Herkunft, Recyclingfähigkeit und Umweltauswirkungen. Zudem fordern wir die Durchführung einer ethisch-ökologischen Gesamtfolgenabschätzung durch einen von uns benannten unabhängigen Sachverständigen mit nachgewiesener Expertise in globaler Ressourcenethik, Umweltrecht und Lieferkettengesetz.

X: Wirtschaftlichkeit & Netzintegration

Die Stellungnahme kritisiert bereits die mangelnde Betrachtung der Netzinfrastuktur. Darüber hinaus fehlt im vorliegenden Verfahren jede ökonomische Plausibilitätsprüfung des Vorhabens. Dies ist deshalb von erheblicher Relevanz, weil regelmäßig über 10–15 % der in

Windkraftanlagen erzeugten Energie in Deutschland aufgrund von Netzengpässen nicht eingespeist werden können („Abregelung“).

Der Monitoringbericht 2023 der Bundesnetzagentur weist für das Jahr 2022 eine Entschädigungszahlung von über 1,1 Milliarden Euro für abgeregelten Strom aus – allein durch Redispatch- und Einspeisemanagement-Maßnahmen. Diese volkswirtschaftlichen Verluste stehen nicht im Verhältnis zu den realen Energiegewinnen, insbesondere in strukturschwachen Regionen ohne Netzanschlussreserven.

Die UVP und der Regionale Planungsverband vernachlässigen vollständig, ob die hier geplanten Anlagen überhaupt ins Netz integriert werden können oder ob erneut Dumpingpreise, Netzabschaltungen und wirtschaftlich nicht tragfähige Infrastruktur entsteht, die durch Steuermittel oder Umlagen kompensiert werden muss.

Gemäß § 7 Abs. 2 ROG sowie § 1 Abs. 5 und Abs. 7 BauGB ist bei Planvorhaben jedoch zu prüfen, ob diese zweckmäßig, tragfähig und mit dem Grundsatz der sparsamen öffentlichen Mittelverwendung vereinbar sind. Diese Bewertung ist Teil der öffentlichen Abwägungspflicht.

Forderung:

Wir fordern die Nachholung einer objektiven Wirtschaftlichkeitsprüfung, durchgeführt von einer unabhängigen betriebswirtschaftlichen Fachstelle, mit Darlegung:

- der Netzeinspeisefähigkeit im lokalen Umkreis (inkl. Engpassanalyse),
- der Rückzahlungsrisiken bei dauerhafter Abregelung,
- der realistischen Stromverkaufspreise im Verhältnis zum Material- und Flächenverbrauch.

Solange diese Prüfung nicht vorliegt, fehlt eine tragfähige Begründung für den wirtschaftlichen Nutzen des Vorhabens – ein Verstoß gegen die planerische Abwägungspflicht nach § 1 Abs. 7 BauGB und ein Verstoß gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit in öffentlichen Planungsprozessen.

XI: Versäumnis der Alternativenprüfung nach § 6 UVPG – Missachtung nicht-invasiver Energiealternativen

Gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 UVPG ist die prüfende Behörde verpflichtet, im Rahmen des Planungsverfahrens alle vernünftigen Alternativen darzustellen, zu bewerten und begründet zu vergleichen. Dies umfasst insbesondere Varianten, die bei gleichem oder vergleichbarem Nutzen geringere Umweltauswirkungen aufweisen.

Die Unterlagen des Regionalen Planungsverbands zur Fortschreibung des Regionalplans Leipzig-West-sachsen lassen eine solche Alternativenprüfung vollständig vermissen. Es wurde weder geprüft noch dokumentiert, ob alternative Formen der Energieversorgung mit signifikant geringerer Umweltbelastung in Frage kommen.

Insbesondere wurde die Möglichkeit nicht-invasiver, flächenschonender Technologien wie z. B.:

- dezentrale Energiegewinnung über skalierbare Nanotechnologie (z. B. aus der Lumen- oder Quantenforschung),
- Plasma- oder Wirbelkraftsysteme mit geschlossenen Energiezyklen, oder
- regionale, energetisch optimierte Speicher-/Verteiltechnologien mit autarker Infrastruktur

nicht einmal als denkbare Option in Erwägung gezogen.

Darüber hinaus wurde keine echte Standort- oder Flächenalternative außerhalb naturnaher Gebiete geprüft. Die Planer beschränken sich ausschließlich auf großindustrielle Windkraftlösungen – obwohl bekannt

ist, dass der Ausbau solcher Anlagen tief in die Ökosysteme, Sozialstrukturen und Gesundheitsschutzrechte eingreift.

Das verstößt nicht nur gegen den Wortlaut von § 6 UVPG, sondern auch gegen das in Art. 191 AEUV verankerte Vorsorgeprinzip, wonach bei Unsicherheiten über Umwelt- und Gesundheitsgefahren vorrangig die Option mit geringster Belastung zu wählen ist.

Unsere klare Position:

Wir lehnen jegliche Form von Windkraftanlagen oder großflächiger Photovoltaik in Natur- und Siedlungsnähe ab – auch in technischer Minimalausführung. Der Schutz von Mensch, Landschaft und ökologischer Vielfalt darf nicht dem Dogma der Flächenverwertung geopfert werden, zumal international bereits zukunftsweisende Alternativen in der Entwicklung oder kurz vor der Marktreife stehen.

Berücksichtigung der aktuellen verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung

Die Rechtsprechung der vergangenen Jahre hat mehrfach gezeigt, dass eine fehlerhafte oder unvollständige Umweltverträglichkeitsprüfung, unzureichende Alternativenbewertung oder nicht sachgerecht berücksichtigte Artenschutzbelange zur Rechtswidrigkeit raumordnerischer Festlegungen führen können.

So hat etwa das VG Greifswald (Urt. v. 07.12.2022, 3 A 123/21) die Unwirksamkeit eines Windflächenplans festgestellt, weil die Umweltprüfung wesentliche Schutzgüter nicht einbezogen hatte. Auch das VG Düsseldorf (Urt. v. 13.07.2023, 6 K 2306/22) und das OVG Münster (Beschl. v. 09.03.2023, 10 D 13/22.NE) betonten, dass bei fehlender Alternativenprüfung, Artenschutzdefiziten oder mangelhafter Öffentlichkeitsbeteiligung eine Planung aufzuheben ist.

Unsere Forderung:

Wir fordern die sofortige Nachholung einer rechtskonformen Alternativenprüfung unter Berücksichtigung:

- nicht-invasiver Energietechnologien der nächsten Generation (z. B. skalierbare, emissionsarme Hochtechnologien),
- regionaler Speicherlösungen und effizienter Nachnutzung bestehender Infrastrukturen,
- energiepolitischer Maßnahmen, die nicht auf flächenintensiven Eingriffen beruhen.

Wir fordern, dass diese rechtlichen Mindeststandards auch im Verfahren zur Fortschreibung des Regionalplans Leipzig-West Sachsen und der betroffenen Windvorranggebiete uneingeschränkt berücksichtigt werden. Eine Fortschreibung oder Genehmigung auf Basis fehlerhafter UVP-Verfahren und unzureichender Alternativenprüfung widerspricht den geltenden verwaltungsrechtlichen Grundsätzen und ist potenziell anfechtbar.

Diese Prüfung ist durch eine unabhängige Fachstelle außerhalb der üblichen Wind- und Solarlobbystrukturen zu leisten und muss nach den Vorgaben des § 16 UVPG öffentlich einsehbar gemacht werden.

Formale Rüge wegen fehlender Fachgutachten-Offenlegung (§ 25 Abs. 3 UVPG)

Verfahrensfehler gemäß § 25 Abs. 3 UVPG – fehlende Offenlegung vollständiger Gutachten

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung ist gemäß § 25 Abs. 3 UVPG sicherzustellen, dass alle entscheidungsrelevanten Gutachten und Planunterlagen vollständig, rechtzeitig und in allgemein verständlicher Form zur Verfügung gestellt werden.

Wir stellen fest, dass wesentliche Unterlagen – insbesondere zum Rückbau, zur akustischen Prognose, zur Energieeffizienz sowie zur

langfristigen Flächennutzung – entweder nicht offengelegt wurden, oder nur in stark gekürzter bzw. zusammenfassender Form vorliegen.

Wir rügen diesen formellen Verfahrensmangel ausdrücklich und fordern die unverzügliche Nachreichung und Veröffentlichung aller relevanten Unterlagen im Sinne einer vollständigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach UVPG.

Wir fordern die Offenlegung der wirtschaftlich Berechtigten hinter der Projektgesellschaft und den Nachweis langfristiger Haftungsfähigkeit gemäß § 35 Abs. 5 BauGB sowie § 4 BImSchG (Zuverlässigkeit des Antragstellers).

XII. Schluss

Es geht um mehr als Windräder. Es geht um die Frage:

Was für eine Welt wollen wir unseren Kindern hinterlassen?

Wir sagen:

Unsere Heimat ist mehr als eine Fläche im Raumordnungsplan.

Sie ist:

Lebensraum,

Rückzugsort,

Erbe und Verantwortung.

Bitte beenden Sie die Pläne zur Ausweisung dieser Vorranggebiete.

Schützen Sie unsere Region – mit Verantwortung und Weitblick.

Berücksichtigung neuer Erkenntnisse gemäß § 17 UVPG

Gemäß § 17 UVPG sind im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) auch nachträglich eingebrachte Informationen und Erkenntnisse zu berücksichtigen, sofern sie für die Bewertung der Umweltauswirkungen des Vorhabens erheblich sind.

Rechtliche Begründung:

§ 17 UVPG verpflichtet die zuständige Behörde, neue Erkenntnisse, die nach Abschluss der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht werden und für die Umweltverträglichkeitsprüfung von Bedeutung sind, in die Entscheidung einzubeziehen.

Forderung:

Wir behalten uns vor, gemäß § 17 UVPG weitere relevante Informationen und Gutachten nachzureichen und fordern deren Berücksichtigung im weiteren Verfahren.

Abschließender Hinweis gem. § 12 UVPG, § 4c ROG und Art. 6 Aarhus-Konvention

Wir weisen ausdrücklich darauf hin,

dass sämtliche in dieser ergänzenden Stellungnahme vorgebrachten Sachverhalte, Gutachtenforderungen, rechtlichen Bewertungen und umweltrelevanten Bedenken nach geltendem Umwelt- und Verfahrensrecht vollständig, konkret und schriftlich beantwortet werden müssen.

Dies ergibt sich insbesondere aus:

- § 12 Abs. 1 UVPG (vollständige Prüfung erheblicher Umweltauswirkungen),
- § 4c ROG (Verfahrenssistierung bei ungeklärten Umweltkonflikten),
- Art. 6 Abs. 9 Aarhus-Konvention (Pflicht zur umfassenden Berücksichtigung und Rückmeldung gegenüber Einwender:innen),
- sowie dem verfassungsrechtlich verankerten Vorsorge- und Transparenzprinzip (Art. 20a GG, § 10 UVPG).

Sollte eine substanzielle und nachprüfbare Auseinandersetzung mit unseren Einwendungen unterbleiben – sei es durch Nichtbeantwortung, unzureichende Gutachtengrundlagen oder unbelegte Behauptungen einer „ausreichenden Berücksichtigung“ – behalten wir uns ausdrücklich alle rechtlichen Schritte vor.

Dies schließt insbesondere die:

- Akteneinsicht gemäß § 29 VwVfG,
- Geltendmachung von Verfahrensfehlern nach § 75 VwVfG,
- sowie die Erhebung einer Normenkontrollklage gem. § 47 VwGO beim zuständigen Obergerverwaltungsgericht

ein, sollte die Planung trotz offenkundiger Prüfdefizite fortgeführt oder abgeschlossen werden.

Wir fordern daher die lückenlose Dokumentation, fachgutachterliche Nachprüfung und schriftliche Rückmeldung zu jedem einzelnen unserer dargelegten Punkte.

Rechtlicher Hinweis auf Beteiligungspflicht und Answerfordernis

Gemäß § 10 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 9 Abs. 1 Satz 2 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPg) sind alle im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eingebrachten Stellungnahmen vollständig, inhaltlich auszuwerten, nachvollziehbar zu dokumentieren und im Abwägungsvorgang rechtlich zu berücksichtigen. Dies gilt mit besonderem Gewicht für Stellungnahmen, die – wie im vorliegenden Fall – detailliert begründet, auf konkrete Rechtsnormen gestützt und mit Verweisen auf rechtserhebliche Verfahrensmängel versehen sind.

Auf Grundlage des Transparenzgebots, des verfassungsrechtlichen Beteiligungsanspruchs (Art. 20 Abs. 3 GG; Art. 19 Abs. 4 GG) sowie des verfahrensrechtlichen Gleichbehandlungsgebots ist die planaufstellende Behörde verpflichtet, eine substantielle Einwendung auch substantiell zu beantworten. Dies schließt eine punktweise, differenzierte und inhaltlich nachvollziehbare Bewertung aller vorgebrachten Argumente ausdrücklich mit ein.

Eine pauschale Rückmeldung ohne dezidierte Auseinandersetzung mit den einzelnen Aspekten – insbesondere zur Alternativenprüfung nach § 15 BNatSchG, zur UVP-Pflicht, zu emissionsrechtlichen Schutzgütern (z. B. Mikroplastik, Infraschall, Rotorabrieb) und zur Berücksichtigung zukunftsfähiger Technologien gemäß § 2 UVPg – wäre rechtswidrig und mit dem Abwägungsgebot des § 1 Abs. 7 BauGB nicht vereinbar.

I. Rechtsgrundlage und Bedeutung der Stellungnahme

Die hier vorliegende Stellungnahme stellt keine bloße Meinungsäußerung dar, sondern beinhaltet:

- eine fundierte juristische Argumentation zu Verfahrens- und Abwägungsfehlern,
- eine technologische Alternativenprüfung gemäß § 2 Abs. 4 UVPG, § 15 BNatSchG und § 17 ROG,
- sowie Hinweise auf gesundheits- und verfassungsrechtlich geschützte Rechtsgüter wie körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG), Umweltvorsorge und das Lebensumfeld.

Eine Nichtbeachtung, Pauschalantwort oder unterlassene Rückmeldung zu dieser Stellungnahme wäre ein erheblicher Rechtsverstoß, der die Rechtmäßigkeit des gesamten Verfahrens gefährdet und gerichtlich überprüfbar ist.

II. Anforderungen an die Auswertung nach Gesetz und Rechtsprechung

Die inhaltliche Auswertung umfasst folgende zwingende Anforderungen, bestätigt durch Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und der Oberverwaltungsgerichte (u. a. BVerwG, Urt. v. 18.07.2013 – 4 CN 3.12; OVG NRW, Urt. v. 23.03.2021 – 8 D 121/18.NE):

1. Einzelfallprüfung jedes vorgebrachten Aspekts – auch wenn er mit anderen Einwänden übereinstimmt.
2. Rückbezug auf geltende Rechtsnormen, Bewertungskriterien und Fachgrundlagen.
3. Dokumentation in der Abwägung – entweder im Umweltbericht, der Planbegründung oder einem öffentlichen Auswertungsdokument.
4. Prüfung alternativer Technologien, wenn sie rechtlich und technisch plausibel dargelegt wurden (vgl. § 3 Nr. 6 UVPG, § 17 ROG, Art. 191 AEUV – Technikfolgenabschätzung).

5. Transparente Bewertung aller Aussagen zur FFH-Verträglichkeit, Kumulationswirkungen, Gesundheitsrisiken, Versorgungsrelevanz und zur Einhaltung des Standes der Technik.
6. Eine vollständige, einzeln begründete Bewertung sämtlicher rechtlich relevanter Einwendungen, wie sie im Umwelt-, Gesundheits- und Raumordnungsrecht zwingend gefordert ist.
7. Eine schriftliche Mitteilung über das weitere Verfahren und die inhaltliche Bewertung der vorliegenden Stellungnahme nach Abschluss der Auswertungsphase.

III. Forderungen zur Umsetzung der Rückmelde- und Auswertungspflicht

Ich fordere daher ausdrücklich:

1. Die vollständige, formelle Aufnahme dieser Stellungnahme in das offizielle Abwägungsmaterial gemäß § 9 UVPG – mit Sichtbarmachung im Umweltbericht, der Planbegründung oder dem Abwägungsdokument;
2. Eine vollständige, einzeln begründete Bewertung sämtlicher rechtlich relevanter Einwendungen;
3. Die juristisch fundierte Einzelauswertung aller angeführten Punkte sowie eine Erklärung, ob und inwieweit diese Forderungen Eingang in die weitere Abwägung und Planung gefunden haben – und mit welchen Konsequenzen für die Flächenausweisung. – insbesondere zu:
 - Infraschall, Rotorabrieb, toxikologischer Kombinationswirkung (z. B. Glyphosat + Mikroplastik), aber auch alle anderen Punkte
 - Alternativenprüfung gemäß § 2 Abs. 4 UVPG i. V. m. § 15 BNatSchG, § 17 ROG, die Klarstellung, ob und in welchem Umfang die in dieser Stellungnahme benannten technischen Alternativen in die Alternativenprüfung einbezogen werden – inklusive der Beteiligung der zuständigen Fachbehörden und Umweltinstitute.
 - Auswirkungen auf FFH-Gebiete, Avifauna, Landschaftsbild, Erholung und Heimatgefühl,
 - Technologischer Gleichwertigkeit oder Überlegenheit (z. B. lichtbasierte Nanotechnologie vs. Windkraft);

4. Eine schriftliche Rückmeldung an den Absender der Stellungnahme:

- wie und durch wen die Prüfung erfolgte,
- auf welchen Grundlagen bestimmte Punkte akzeptiert, ignoriert oder abgewiesen wurden,
- mit Nennung involvierter Fachbehörden oder Gutachter (z. B. SAENA, UBA, LfULG, BfN);

5. Eine individuelle Begründung für jede Nichtberücksichtigung – mit Verweis auf geltende Rechtsnormen, Abwägungsgrundsätze und planerische Gewichtung.

IV. Hinweis auf rechtliche Folgen bei Nichterfüllung

Die bewusste Missachtung dieser Pflichten stellt einen beachtlichen Verfahrensfehler dar, der gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zur Unwirksamkeit des Regionalplans führen kann. Dies gilt auch, wenn die Rückmeldung verspätet, inhaltlich unvollständig oder pauschal erfolgt.

Ein bloßes „Zur-Kennntnis-Nehmen“ ohne begründete Rückmeldung widerspricht dem Transparenzgebot und stellt einen Verstoß gegen die rechtsstaatliche Verfahrensgestaltung dar. Derartige Mängel sind im Rahmen einer gerichtlichen Normenkontrolle anfechtbar.

V. Hinweis auf Technologiefolgenabschätzung gemäß EU-Recht

Gemäß Art. 191 AEUV (Vorsorgeprinzip, Technikfolgenabschätzung), § 2 UVPG (Umweltvorsorge) und § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB besteht die Pflicht, solche technischen Lösungen zu prüfen und zu fördern, die:

- geringere Umwelteingriffe verursachen,
- die Gesundheitsbelastung signifikant minimieren,
- in die bestehende Infrastruktur integrierbar sind,
- und das energiepolitische Ziel gleichwertig oder besser erreichen.

Diese Verpflichtung wird durch Richtlinie 2014/52/EU über Umweltverträglichkeitsprüfungen unterstrichen, die im deutschen UVPG verankert ist. Die darin geforderte frühzeitige und nachvollziehbare Prüfung von realisierbaren technischen Alternativen ist hier bindend. Eine Ausblendung der dargelegten lichtbasierten Nanotechnologie-Druckpaste im Prüfprozess wäre sachwidrig, technikverweigernd und klagefähig.

VI. Erklärung zur Nachvollziehbarkeit und Kontakt

Ich fordere ausdrücklich, dass diese Stellungnahme vollständig, schriftlich und in juristisch nachvollziehbarer Weise behandelt wird. Es ist auf jeden einzelnen meiner rechtserheblichen Punkte sowie auf jede konkret erhobene Forderung im Detail einzugehen – unter Rückbezug auf geltende Rechtsnormen, Bewertungsmaßstäbe, Fachgrundlagen und Quellen.

Die Rückmeldung muss:

- ausführlich,
- differenziert,
- individuell nachvollziehbar,
- und für jede genannte Forderung und Argumentation gesondert begründet erfolgen.

Pauschale Textbausteine, allgemeine Abwägungsfloskeln oder Sammelantworten genügen nicht den gesetzlichen Anforderungen gemäß UVPG, BauGB, VwVfG und Grundgesetz.

Ein Nichterfüllen dieser Rückmeldepflicht – insbesondere bei detailliert erhobenen Forderungen wie zur Alternativenprüfung, zur Technologiebewertung oder zur Kumulationswirkung toxischer Emissionen – stellt einen eigenständigen Verfahrensmangel dar und kann die Gesamtplanung angreifbar machen.

Pauschale Textbausteine, Standardformulierungen oder Sammelantworten sind rechtswidrig.

Bei Rückfragen zur Technologiedokumentation, zur Einbindung der Fachstellen oder zur rechtlichen Begleitung steht folgende Kontaktmöglichkeit zur Verfügung (nur bei fachlich begründetem Interesse und unter Wahrung der Vertraulichkeit):

business.pracht@gmail.com

Mit bestem Dank, im Namen der Zukunft.

Plagwitz / Machern, den

Nachname, Vorname:

Straße und Hausnummer:

PLZ und Ort:

Unterschrift, Datum